

## Österreich und Triest 1945–1955

### Eine vergessene *histoire croisée* des frühen Kalten Krieges<sup>1</sup>

Maximilian Graf

#### I. Einleitung

Auch Historiker konnte es verwundern als im Juni 2013 einige Hundert Vertreter und Sympathisanten der 2011 gegründeten Unabhängigkeitsbewegung „Freies Triest“ auf der Wiener Mariahilferstraße eine Demonstration abhielten und zur Wirtschaftskammer zogen. Erklärtes Ziel der Bewegung ist die Reaktivierung des nach dem Zweiten Weltkrieg vereinbarten Freistaat-Statuts und das Ende der italienischen Souveränität über Triest. Der Haken an der Sache: „Um den Freistaat-Status zu reaktivieren, ‚muss ein Drittstaat [das] Anliegen vor der UNO vertreten‘“. Unausgesprochenes Ziel der Bewegung: Österreich solle diese Aufgabe übernehmen und künftig wieder eine entscheidende Rolle in der Entwicklung Triests spielen. Auch in Zeiten des wiedererstarkenden Separatismus in Europa scheint den Aktivitäten der Bewegung wenig Erfolg beschieden zu sein. Ihr Anliegen haben sie aber zumindest historisch sorgfältig untermauert und die prominente Rolle die Österreich zugeteilt wird ist angesichts der Geschichte Triests bis 1918 wenig verwunderlich<sup>2</sup> – auch wenn sie freilich längst überholt ist. Bisher kaum beachtet wurde jedoch die Rolle Österreichs im Konflikt um Triest im ersten Nachkriegsjahrzehnt.<sup>3</sup> Vielmehr erschien Triest bloß als Fußnote der Geschichte des österreichischen Staatsvertrags, da die Sowjetunion 1950 den Abschluss eines Staatsvertrags mit einer für sie akzeptablen Lösung der Triester Frage verknüpft hatte.<sup>4</sup> Eine eingehende Analyse der Territorialkonflikte zwischen Österreich, Italien und Jugoslawien vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Abschluss des österreichischen Staatsvertrags 1955 zeigt, dass alle diese Konflikte eng miteinander zusammenhängen: Also Südtirol, Kärnten und die italienisch-jugoslawischen Territorialkonflikte mit dem besonderen

---

<sup>1</sup> Die Forschungen für diesen Aufsatz erfolgten im Rahmen des FWF-Der Wissenschaftsfonds geförderten Projekts „Die ‚Alpen-Adria‘ Region 1945–1955“ (Projektnummer P25183-G18).

<sup>2</sup> Wie Österreich wieder Zugang zum Meer erhalten könnte, Die Presse, 21. Juni 2013. Ich danke meinem Kollegen David Schriffl für seinen Augenzeugenbericht von der Demonstration in Wien. Im Sommer 2015 bot sich anlässlich eines Ausflugs nach Triest die Möglichkeit zu einem Gespräch mit führenden Vertretern der Bewegung, allen voran Paolo Parovel. Die Eindrücke des Autors decken sich weitgehend mit jenen, die der österreichische Journalist Martin Leidenfrost im ehemaligen SED-Blatt Neues Deutschland publizierte. Vgl. dazu Der Traum vom reichen Zwergstaat, Neues Deutschland, 30.5.2015, 2. Zum Separatismus in Europa, allerdings ohne Bezugnahme auf Triest, dafür aber mit einem Kapitel zu Südtirol als positivem Beispiel wie Zusammenleben funktionieren kann, jüngst M. ENGELHARDT (Hrsg.), Unabhängigkeit! Separatisten verändern die Welt, Berlin 2015.

<sup>3</sup> Für einen ersten Versuch über die Beziehungen zwischen Österreich und Triest siehe D. NEČAK, Avstrijski odnos do tržaškega vprašanja 1947–1954, in: Vojna in mir na primorskem. Od kapitulacije Italije leta 1943 do Londonskega Memoranduma leta 1954, hrsg. von J. PIJEVEC/G. BAJC/B. KLABJAN, Koper 2005, 85–100.

<sup>4</sup> G. STOURZH, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955. 5. Auflage. Wien–Köln–Weimar 2005, 178–179.

Zankapfel Triest. Damit wird der bisher oft unilateralen bzw. bestenfalls bilateralen Geschichtsschreibung entgegengewirkt.<sup>5</sup> Dass für Italien ein Zusammenhang zwischen dem italienisch-jugoslawischen Konflikt um Triest und dem Südtirol-Problem bestand, verwundert kaum und wurde bereits dargelegt.<sup>6</sup> Überraschend ist aber wie sehr auch Österreich zumindest zeitweise in die Triester Frage involviert war. Jedoch muss bereits eingangs festgehalten werden, dass Triest im Vergleich zu Südtirol eine vergleichsweise kleine Rolle spielte und auch medial weit weniger präsent war. Vielleicht haben aber auch die Lehren aus dem Ausgang des österreichischen Südtirol-Engagements und der Beilegung des Konflikts durch das Gruber-De Gasperi-Abkommen 1946 die zurückhaltende österreichische Haltung in der Triest-Frage geprägt.<sup>7</sup> Eine These die Rolf Steininger für die österreichische Südtirol-Politik bis zum Staatsvertrag und darüber hinaus aufgestellt hat scheint sich jedenfalls zu bestätigen: Während der bis 1955 dauernden Besatzungszeit stand für Österreich die positive Entwicklung der österreichisch-italienischen Beziehungen gegenüber einem weiteren Südtirol-Engagement im Vordergrund.<sup>8</sup> Warum hätte man diese also wegen Triest gefährden sollen? Ein eingehendes Studium der Akten zeigt jedenfalls, dass man sich in Wien durchaus intensiv mit der Frage auseinanderzusetzen hatte und die eingangs erwähnte Demonstration im Wien des Jahres 2013 wird verständlicher. Darüber hinaus offenbart sich eine eng verflochtene Geschichte Österreichs und Triests im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Geprägt war

---

<sup>5</sup> Die Ergebnisse des in Anmerkung 1 zitierten FWF-Projekts zeigen auf, wie sehr verschiedene Konfliktpunkte in der „Alpen-Adria“ Region miteinander verstrickt waren und wie stark diese Verstrickungen das Schicksal der drei untersuchten Staaten beeinflusste. Die Zusammenhänge zwischen Entscheidungen, die in einem Teil des Gebiets gefällt wurden und ihre Folgen für andere Teile des zu untersuchenden Raums stehen dabei im Mittelpunkt. Die umfassende Analyse wirtschaftlicher, politischer, sozialer und diplomatischer Aspekte, die bis heute nicht im Fokus der Forschung gestanden haben, bilden die Grundlage des Projekts. Das wichtigste Ziel der Studie ist es, internationale- und mehrerebenen-Aspekte in die Forschungsfragen einfließen zu lassen. Das Projekt beschränkt sich nicht auf regionale Aspekte, sondern bezieht auch inter- und multinationale Perspektiven mit ein. Bereits erschienen KARLO RUZICIC-KESSLER, *Togliatti, Tito and the Shadow of Moscow 1944/45–1948: Post-War Territorial Disputes and the Communist World*, in: *Journal of European Integration History*, 20 (2014) 2, 181–201. Es folgen ein Sammelband und eine Kollektivmonografie.

<sup>6</sup> V. STADLMAYER, *Kein Kleingeld im Länderschacher. Südtirol, Triest und Alcide De Gasperi 1945/1946*. Innsbruck 2002. Zur Frage von Triest in italienisch-jugoslawischer Perspektive: D. DE CASTRO, *La questione di Trieste. L'azione politica e diplomatica italiana dal 1943 al 1954*, 2 Vol. Trieste 1981; J. B. DUROSELLE, *Le conflit de Trieste 1943–1954*. Bruxelles 1966; A. MILLO, *La difficile intesa. Roma e Trieste nella questione giuliana 1945–1954*. Trieste 2011; L. MONZALI, *La questione jugoslava nella politica estera italiana dalla prima guerra mondiale ai trattati di Osimo (1914–1975)*. In: *Europa Adriatica: storia, relazioni, economia*, hrsg. von F. Botta/I. Garzia, Roma 2004, 15–72; R. PUPO, *Il lungo esodo. Istria: le persecuzioni, le foibe, l'esilio*. Milano 2005;

<sup>7</sup> Zur Südtirolfrage 1945/46 siehe R. STEININGER, *Autonomie oder Selbstbestimmung? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen*. Innsbruck 2006. (= Neuauflage von R. STEININGER, *Los von Rom? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen*. Innsbruck 1987); M. GEHLER, *Gescheiterte Selbstbestimmung. Die Südtirolfrage, das Gruber-De Gasperi-Abkommen und seine Aufnahme in den italienischen Friedensvertrag 1945–1947* (= *Akten zur Südtirol-Politik 1945–1958*, Bd. 1). Innsbruck–Wien–Bozen 2011; M. GEHLER, *Verspielte Selbstbestimmung? Die Südtirolfrage 1945/46 in US-Geheimdienstberichten und österreichischen Akten*. Innsbruck 1996.

<sup>8</sup> R. STEININGER, *Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969*, Bd. 1: 1947–1959. Bozen 1999, 197–250.

diese sowohl durch die Folgen des Zweiten Weltkriegs, die internationalen Rahmenbedingungen der Besatzungszeit sowie durch den in dieser Region bereits 1945 spürbaren frühen Kalten Krieg. Daraus resultierten Wechselwirkungen die wiederum dem internationalen Kontext geschuldete gegenseitige Wahrnehmungen erzeugten. Eine *histoire croisée* zu Österreich und Triest dient somit als Brennglas für die vielfältigen Dimensionen der Geschichte der Alpen-Adria Region im ersten Nachkriegsjahrzehnt.

## II. Österreich und die Triestiner Unabhängigkeitsbewegungen

Jedenfalls hat die Unabhängigkeitsbewegung des 21. Jahrhunderts ihre historischen Vorläufer die nach 1945 aktiv wurden. Vor dem Hintergrund der Südtirol-Frage hatte Außenminister Karl Gruber den in Rom ansässigen Peter Breycha-Zuliany damit beauftragt, Berichte über die Lage Italiens zu verfassen. Diese zeichneten stets ein breites Panorama und berührten auch die Lage in Triest.<sup>9</sup> Bereits im Februar 1946 berichtete Breycha-Zuliany über die Bildung einer „*Triester Unabhängigkeitspartei*“, die für die Unabhängigkeit Triests und des Küstenlandes eintrat. Gründer soll ein ehemaliger österreichischer Offizier gewesen sein, der aber über keinen „*guten Leumund*“ verfügte, weshalb „*seine Partei nicht ernst genommen*“ wurde „*und keinerlei Bedeutung*“ erlangte. Dennoch war Breycha-Zuliany der Meinung, dass „*ein nicht unbeträchtlicher Teil der bodenstaendigen Triestiner Bevoelkerung (Italiener und antikommunistische Slaven) ein derartiges Programm einerseits als Kompromissloesung zwischen den beiderseitigen Aspirationen Italiens und Jugoslaviens andererseits als wirtschaftspolitisches Ziel in Bezug auf die Zusammenarbeit mit dem ‚Hinterland‘ gerne anstreben wuerde*“. In diesem Zusammenhang war in Gesprächen wiederholt der Wunsch nach einer österreichischen Initiative in Bezug auf Triest aufgekommen. Dies erschien umso bemerkenswerter als „*die spontan Oesterreich-freundliche Atmosphaere in Triester italienischen Kreisen trotz der schwierigen eigenen Probleme wegen der Suedtiroler Frage*“ zustande kam. Zu dieser Zeit existierte in Triest ein „*Österreichisches Befreiungskomitee*“ unter der Leitung von Baron Peter Reininghaus, das sich „*in geschickter Weise abseits von den politischen Divergenzen*“ hielt und danach trachtete „*weiterhin freundschaftliche Beziehungen nach beiden Seiten aufrecht zu erhalten*“.<sup>10</sup>

---

<sup>9</sup> Lagebericht über Italien – Dez. 1945, Rom, 14. Dezember 1945, Vertraulich!, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1946, Italien 3, Gr.Zl. 110.220-Pol/46, GZ. 110.579-Pol/46, Karton 14. Aus dem pro domo-Vermerk des Ballhausplatzes vom 8. Februar 1946 geht hervor, dass Gruber den mündlichen Auftrag zu dieser Berichterstattung erteilt hatte.

<sup>10</sup> Italienbericht des Dr. P[eter] Breycha[-Zuliany] Rom, 26. Februar 1946, Vertraulich!, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1946, Italien 3, Gr.Zl. 110.220-Pol/46, GZ. 110.579-Pol/46, Karton 14.

Nach der Errichtung einer österreichischen Passstelle in Triest 1948,<sup>11</sup> verfolgte der Ballhausplatz, der damalige Sitz des österreichischen Außenamts, die vorhandenen Triester Unabhängigkeitsbestrebungen zwar immer noch eher am Rande, aber doch mit größerer Aufmerksamkeit.<sup>12</sup> Den dahinter stehenden Organisationen und Parteien maß man aber weiterhin kaum Bedeutung zu.<sup>13</sup> Zum „*Triestiner Komitee für die Vereinigung mit Österreich*“ hielt man im Außenamt fest: „*Es scheint sich bei diesem Komitee [...] um eine unseriöse Angelegenheit zu handeln.*“<sup>14</sup> Anfang der 1950er-Jahre, als in der Triest-Frage auf internationaler Ebene Stillstand herrschte, traten diese Kreise jedoch verstärkt an Österreich heran. 1951 schaffte es der Triestiner Rechtsanwalt Mario Stocca, Gemeinderat der Stadt Triest und Führer des Blocco Triestino, einer italienischen bürgerlichen Partei, die für die Aufrechterhaltung des Freistaates Triest eintrat und sich mit allen Mitteln gegen eine Rückgliederung an Italien wehrte, bis zu Bundeskanzler Leopold Figl vorgelassen zu werden. Im Laufe des Gespräches warb er bei Figl für die Unterstützung seiner Bewegung. Der Bundeskanzler befasste das Außenamt mit dieser Angelegenheit.<sup>15</sup> Dort begegnete man den Thesen Stoccas mit „*schwerwiegenden Bedenken*“ und hielt weiters fest: „*Eine solche Unterstützung hätte kaum irgendeinen praktischen Erfolg, da Österreich bei der Regelung des künftigen Schicksals von Triest kaum ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben wird. Übrigens würde durch eine solche Stellungnahme unser Verhältnis zu Italien auf das Empfindlichste geschädigt werden und schliesslich haben wir der ital[ienischen] Regierung gegenüber bereits bekanntgegeben, dass wir unsererseits die Frage Triest nicht aufrollen wollen.*“<sup>16</sup> Trotz dieser eindeutigen Haltung Wiens versuchten die Independentisten-Kreise Triests und Stocca im Besonderen im Verlauf der ersten Hälfte der 1950er-Jahre immer wieder und stets unter Berufung auf das Gespräch mit Figl, Österreich zu einer Unterstützung

<sup>11</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Errichtung einer österr. Dienststelle in Triest, Wien, 2. Februar 1948, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1948, Triest 49, Gr.Zl. 110.150-Pol/48, GZ. 110.777-Pol/48, Karton 86; Dienstzettel an die Abteilung 7, Entsendung eines Verwaltungsbeamten nach Triest, Wien, 9. Februar 1948, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1948, Triest 49, Gr.Zl. 110.150-Pol/48, GZ. 110.972-Pol/48, Karton 86.

<sup>12</sup> Leiter der Passstelle an BKA/AA, Triest, 22. November 1948, Zl. 298-A/48, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1949, Triest 49, GZ. 118.799-Pol/48, Karton 113; BKA/AA an BMI (Pammer), 6. Dezember 1948, Streng vertraulich, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1949, Triest 49, GZ. 118.799-Pol/48, Karton 113.

<sup>13</sup> Leiter der Passstelle an BKA/AA, Triest, 22. Dezember 1948, Zl. 373-A/48, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1949, Triest 49, GZ. 80.470-Pol/48, Karton 113. Ab August 1949 ist auch so etwas wie eine politische Berichterstattung aus Triest überliefert, auch wenn diese nicht als solche bezeichnet wurde. ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1949, Triest 15, Gr.Zl. 81.210-Pol/49, GZ. 86.824-Pol/49, Karton 113.

<sup>14</sup> BKA/AA an BMI (Pammer), 21. Jänner 1949, Vertraulich, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1949, Triest 49, GZ. 80.470-Pol/48, Karton 113.

<sup>15</sup> Figl an Gruber (im Hause), Wien, 30. Mai 1951, Betrifft: Triester Frage. Bericht über die Besprechungen mit Dr. Mario Stocca, Rechtsanwalt, Trieste, Viale XX settembre 39, am 10. und 11. April 1951, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1951, Triest 2, Gr.Zl. 132.378-Pol/51, GZ. 135.774-Pol/51, Karton 176.

<sup>16</sup> Äusserung der Abt. 5Pol. zu den Vorschlägen des Triestiner Gemeinderates Dr. Stocca zur Frage Triest, Wien, 2. Juni 1951, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1951, Triest 2, Gr.Zl. 132.378-Pol/51, GZ. 135.774-Pol/51, Karton 176.

ihrer Anliegen (auch in finanzieller Hinsicht) zu bewegen.<sup>17</sup> In Wien blieb man aber bei einer Politik der strikten Nichteinmischung. Eine Parteinahme für die innenpolitisch recht unbedeutende Partei Stoccas sollte keinesfalls das Verhältnis zu Italien trüben.<sup>18</sup> Stocca war im April 1952 Teil der Triestiner Delegation bei den Verhandlungen in London, wo er vehement für ein freies und unabhängiges Territorium eintrat.<sup>19</sup> Dort war er auch gemeinsam mit einem weiteren Triestiner Vertreter in der österreichischen Botschaft erschienen, um „auch die oesterreichischen Stellen von den Zwecken ihrer Reise nach London“ zu unterrichten, „da es nach ihrer Ansicht auch im oesterreichischen Interesse gelegen sei, Triest als Freistadt und Freihafen zu erhalten“. Erneut verwies er auf sein diesbezügliches Gespräch mit Figl. Botschafter Lothar Wimmer verhielt sich „voellig rezeptiv“ und verabschiedete „die Herren nach einigen Minuten“.<sup>20</sup>

### III. Träumereien und Memoranda ohne Wirkung

Österreich verfolgte also keine eigene Triest-Politik. Dies stand in markantem Gegensatz zur österreichischen Südtirol-Politik. Gerade vor dem Hintergrund des österreichischen Südtirol-Engagements forderten nicht wenige auch eine österreichische Initiative in Richtung Triest. Ähnlich wie in Bezug auf Südtirol wurden in den Jahren 1945 und 1946 eine große Zahl von Studien und Memoranden über die Bedeutung Triests für Österreich an das Außenamt herangetragen.<sup>21</sup> Gemeinsam war diesen Memoranden, die unter anderen von nach 1938 im Exil verbliebenen Diplomaten, ehemaligen Militärs, Ministerialbeamten und Politikern außer Dienst verfasst wurden, dass sie die darin aufgestellten österreichischen Ansprüche beziehungsweise das von der österreichischen Außenpolitik gewünschte Engagement historisch mit der jahrhundertelangen Zugehörigkeit Triests zur Habsburgermonarchie begründeten. Zudem wurde stets die wechselseitige wirtschaftliche Dimension betont. Sowohl für Österreich als auch für Triest bestand ein wirtschaftliches Interesse an einer engen

---

<sup>17</sup> Manz an BKA/AA (z. Hd. Abteilungsleiter Abt. Pol), Triest, 22. Februar 1952, Zl. 1256/52, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 6, Gr.Zl. 146.461-Pol/52, GZ. 148.378-Pol/52, Karton 208.

<sup>18</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Independentisten-Partei. Ersuchen um Unterstützung, Wien, 25. März 1952, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 6, Gr.Zl. 146.461-Pol/52, GZ. 148.378-Pol/52, Karton 208.

<sup>19</sup> Geschäftsträger a. i. an BKA/AA, Belgrad, 18. April 1952, Zl. 225-P/52, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 150.266-Pol/52, Karton 208.

<sup>20</sup> Botschafter Wimmer an BM Gruber, London, 18. April 1952, Zl. 55-P/52, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 150.513-Pol/52, Karton 208. Wurde Rom und Belgrad zur Kenntnis gebracht

<sup>21</sup> Für die Memoranda des Jahres 1945 siehe ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1945, Gr.Zl. 1226-pol/45, GZ. 1729-pol/45, Karton 7. Für die Memoranda des Jahres 1946 siehe das Konvolut ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1946, Italien 9, Karton 14. Für die Eingaben betreffend Grenzrevisionen im Jahr 1945 (ohne Südtirol und Triest) siehe ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1945, insbesondere GZl. 730 und 731, Karton 4.

Bindung. Österreich müsse zumindest „*e i n T o r i n d i e W e l t o f f e n h a b e n*“<sup>22</sup> und Triest sei auf den Handel seines mitteleuropäischen Hinterlandes und somit vor allem Österreichs angewiesen, während es sowohl unter jugoslawischer als auch unter italienischer Herrschaft nur ein sekundärer Hafen wäre, der kontinuierlich an Bedeutung verlöre. Insbesondere bei Diplomaten die bereits in der Zwischenkriegszeit im Dienste Österreichs gestanden waren, hatte die ab Mitte der 1930er-Jahre veränderte Außenpolitik des faschistischen Italien gegenüber Österreich<sup>23</sup> ihre Spuren in der Nachkriegssicht auf den Nachbarstaat hinterlassen. Die Lösungsansätze die in den Memoranden vorgeschlagen wurden waren aber hochgradig unterschiedlich. Sie reichten von einer im Vergleich zur Zwischenkriegszeit verbesserten Freihafenregelung<sup>24</sup> bis zu einer Angliederung Triests an Österreich als zehntes Bundesland<sup>25</sup> inklusive eines Korridors zwischen den beiden ohnehin nur „*schwer verträglichen*“ Nachbarn Italien und Jugoslawien.<sup>26</sup> Dies wurde auch damit begründet, dass die „*völkischen Gegensätze*“ zu groß wären und ein Zusammenleben nur unter österreichischer Herrschaft möglich wäre, wie es für die Dauer des Bestehens der Habsburgermonarchie der Fall gewesen sei. Der spätere österreichische Finanzminister Eduard Heilingsetzer sprach sogar offen von österreichischen „*Wiedergutmachungsansprüchen*“ gegenüber Italien, da dessen „*Verrat*“ alleine es dem Nationalsozialismus ermöglicht hätte „*Österreich von außen gewaltsam botmäßig zu machen*“. Hier war die Opferthese besonders verinnerlicht worden. Bewusst wurde – wie im Falle Südtirols – nach einer Regierungserklärung zu Triest verlangt.<sup>27</sup> Solche Schriftstücke zirkulierten zwischen den Ministerien und dem Bundeskanzleramt, warum kein mit Südtirol vergleichbares Engagement erfolgte geht aus den Akten nicht hervor. Sie lassen aber auf eine realistische Lagebeurteilung seitens der österreichischen Außenpolitik schließen.

---

<sup>22</sup> Denkschrift über die Bedeutung des Freihafens Triest für Österreich. Bearbeitet von Oberst a. D. Gustav Hubka, übermittelt an Legationstrat Norbert Bischoff, Wien, 7. November 1945, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1945, Gr.Zl. 1226-pol/45, GZ. 1729-pol/45, Karton 7. Hubka stützte seine Ausführungen auf einen Aufsatz des Staatssekretärs und Ministers a. D. Eduard Heigl der im Oktober 1945 in der Zeitschrift *Die Wirtschaft* veröffentlicht wurde.

<sup>23</sup> Dazu zuletzt: K. KOCH/E. VYSLONZIL (Hrsg.), *Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938*, Bd. 10: Zwischen Mussolini und Hitler, Wien 2014.

<sup>24</sup> Neuaufbau der Grundlagen für den Seehafenverkehr mit Triest, [o.D., o.Verf.], ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1945, zu Gr.Zl. 11984-pol/45, Karton 7. [Ausarbeitung, ohne Datum, Zeichnung und Titel], ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1945, zu Gr.Zl. 11984-pol/45, Karton 7.

<sup>25</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Triester Problem; Vorschlag M. PHILIPP, Steinach a. Brenner, Wien, 3. Juli 1950, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1950, Triest 2, Gr.Zl. 121.135-Pol/49, GZ. 125.147-Pol/50, Karton 149.

<sup>26</sup> Denkschrift über die Bedeutung des Freihafens Triest für Österreich. Bearbeitet von Oberst a. D. Gustav Hubka, übermittelt an Legationstrat Norbert Bischoff, Wien, 7. November 1945, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1945, Gr.Zl. 1226-pol/45, GZ. 1729-pol/45, Karton 7.

<sup>27</sup> Österreichische Wiedergutmachungsansprüche, Wien im September 1945, übersandt von Heilingsetzer an Huber, Wien 18. September, Huber leitete das Schreiben Heilingsetzers samt Anhang noch am selben Tag an Generalsekretär Heinrich Wildner „mit der Bitte um Entnahme der Beilage für ev. Zwecke des Aussenamts“ weiter, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1945, zu Gr.Zl. 11984-pol/45, Karton 7.

Bereits am 16. April 1945, also mehr als eine Woche, bevor die provisorische Staatsregierung unter Karl Renner ihre Amtsgeschäfte aufnahm, hatte eine konstituierende Versammlung der in Wien befindlichen österreichischen Diplomaten stattgefunden. Auch wenn es sich dabei nur um einen formalen Akt handelte, kann darin die Geburtsstunde des auswärtigen Dienstes der Zweiten Republik gesehen werden, denn es wurde sofort mit der Arbeit begonnen. Am 30. April bestellte Staatskanzler Renner Heinrich Wildner zum Generalsekretär des „Außenamtes“ am Wiener Ballhausplatz.<sup>28</sup>

Eine der verlässlichsten Quellen hierzu stellt das *Wiener Tagebuch* des Diplomaten Josef Schöner dar, der in den Jahren 1944/45 minutiöse Aufzeichnungen führte. Bereits vor Kriegsende notierte er am 5. Mai 1945: *„Um Triest scheinen sich bereits Engländer mit Jugoslawen zu streiten, [...] die Lösung der italienisch-jugoslawischen Grenzfragen wird ein besonders schwieriges Kapitel werden, da stoßen englische und russische Interessen hart aneinander. Ich fürchte immer, daß die Einigung am Ende auf unsere Kosten in der Südtiroler Frage zustande kommen könnte. Irgend eine Kompensation, irgend einen außenpolitischen Erfolg wird man [dem italienischen Regierungschef Ivanoe] Bonomi doch zugestehen müssen, ob das nicht in der Richtung des geringsten Widerstandes, eben gegen Österreich erfolgen wird?“*<sup>29</sup> Dementsprechend skeptisch war Schöner auch, wenn ihm Spekulationen über viel weiterreichende potentielle österreichische Territorialgewinne zu Ohren kamen.

Am 11. Mai notierte er: Hans Kramer vom Bundespressedienst *„erzählt mir von angeblichen Plänen in den USA, wonach der Zankapfel Triest an Österreich fallen soll, durch einen breiten Korridor bis Villach mit uns verbunden. Ich halte das für einen schönen Traum besonders angesichts der Tito-Aspirationen. [...] Jedenfalls gehen meine Wünsche gar nicht so weit wie Triest, ich wäre schon mit dem alten Kärnten und einem Stück Südtirol sehr zufrieden.“*<sup>30</sup> Darauf konzentrierte sich die Ballhausplatzdiplomatie auch.

Vor diesem Hintergrund verwundert es kaum, dass auf den zahlreichen Eingaben betreffend Triest und Österreich in der Regel vermerkt wurde: *„Weiter nichts zu veranlassen! Einlegen“*,

---

<sup>28</sup> Zu den ersten Schritten im Jahre 1945 siehe BUNDESMINISTERIUM FÜR EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ANGELEGENHEITEN (Hrsg.), *Das Wiedererstehen des österreichischen auswärtigen Dienstes 1945*. Wien 2009; BUNDESMINISTERIUM FÜR EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ANGELEGENHEITEN (Hrsg.), *„Ich bestelle Sie hiermit zur Leitung des Außenamtes, ...“*. Das Tagebuch von Heinrich Wildner 1945. Wien 2010; J. SCHÖNER, *Wiener Tagebuch 1944/45*. hrsg. v. E.-M. CSÁKY/F. MATSCHER/G. STOURZH. Wien–Köln–Weimar 1992. Als Überblick zur Außenpolitik Österreichs 1945–1949 siehe K. FIESINGER, *Ballhausplatzdiplomatie 1945–1949. Die Reetablierung der Nachbarschaftsbeziehungen und die Reorganisation des Auswärtigen Dienstes als Formen außenpolitischer Reemazipation Österreichs*. München 1993; sowie M. GEHLER, *Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts*. Wien 2005, 23–63; zu den Biographien der österreichischen Diplomaten siehe R. AGSTNER/G. ENDERLE-BURCEL/M. FOLLNER (Hrsg.), *Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky. Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959*. Wien 2009.

<sup>29</sup> SCHÖNER, *Wiener Tagebuch 1944/45*, 225.

<sup>30</sup> SCHÖNER, *Wiener Tagebuch 1944/45*, 244–245.

„[...] ‚utopisch‘ [...]. Einlegen“, „Die Vorschläge der Eingabe sind undurchführbar“, etc.<sup>31</sup>

Auch den westlichen Siegermächten gingen derartige Memoranda zu und auch dort schienen sie einfach ad acta gelegt worden zu sein. Baron Heinrich von Franckenstein, der Bruder des österreichischen Langzeitgesandten in London (1920–1938), Sir Georg von Franckenstein, schickte ein Memorandum an das US Department of State in dem er ausführte: *„If anyone has a traditional right to Trieste, Istria and the whole Venezia-Giulia region (the old Markgrafschaft Görz and Gradiska), it is Austria. These countries [...] have been civilised and built up by Austrian diligence and culture, by means of Austrian capital and engineers; these regions have been taken away in 1918 by the Italian imperialists, alleging that many of the people in these districts are making use of the Italian language – a very bad excuse indeed!“*<sup>32</sup>

Ein neuer Schub von Eingaben an den Ballhausplatz erfolgte dann vor allem nachdem die Sowjetunion 1950 ein Junktim zwischen dem Abschluss eines Staatsvertrages und einer befriedigenden Lösung der Triester Frage hergestellt hatte.<sup>33</sup> Auf diese Frage wird später ausführlicher eingegangen. Bereits die Tatsache, dass ein derartiges Junktim existierte, zeigt auch wie kompliziert die Situation in Triest nach dem italienischen Friedensvertrag von 1947 geworden war. Dementsprechend reagierte der Ballhausplatz auch auf diesbezügliche Interventionen in den 1950er-Jahren. Die bilateralen Beziehungen zu Italien standen im Vordergrund. Daher wollte man sich in der „epinösen“ Triester Frage nicht exponieren.<sup>34</sup> Ein weiterer Vorschlag aus dem Jahr 1951 Triest an Österreich anzugliedern, *„um so alle aus der derzeitigen Lage dieses Gebietes entstehenden Konflikte zu lösen“*<sup>35</sup> stellte in den zunehmend sarkastischer werdenden Kommentaren des Außenamts *„einen wohl nicht zu verwirklichenden Wunschtraum dar“*.<sup>36</sup>

#### **IV. Keine Triest-Politik, aber wirtschaftliche Interessen**

<sup>31</sup> Vgl. die Vermerke des BKA/AA auf den Memoranda im Konvolut ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1946, Italien 9, Karton 14.

<sup>32</sup> Memorandum by Baron Henry de Franckenstein submitted to Department of State, National Archives and Record Administration (NARA), College Park, Washington, D.C., Record Group (RG) 59, Central Decimal Files (CDM) 1945–49, Box 6850.

<sup>33</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Triester Problem; Vorschlag M. PHILIPP, Steinach a. Brenner, Wien, 3. Juli 1950, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1950, Triest 2, Gr.Zl. 121.135-Pol/49, GZ. 125.147-Pol/50, Karton 149; [o. A.] Information über die Dringlichkeit einer Initiative in der Triester Frage, [o. D.], in: Amtsvermerk, Gegenstand: Österreich und die Triester Frage, Wien, 14. September 1950, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1950, Triest 2, Gr.Zl. 121.135-Pol/49, GZ. 126.815-Pol/50, Karton 149.

<sup>34</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Österreich und die Triester Frage, Wien, 14. September 1950, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1950, Triest 2, Gr.Zl. 121.135-Pol/49, GZ. 126.815-Pol/50, Karton 149.

<sup>35</sup> Prof. Dr. O. Stracker an BM Gruber, Wien, 9. Oktober 1951, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1951, Triest 2, Gr.Zl. 132.378-Pol/51, GZ. 141.310-Pol/51, Karton 176.

<sup>36</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Vorschlag einer Angliederung Triests an Österreich, Wien, 2. Dezember 1951, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1951, Triest 2, Gr.Zl. 132.378-Pol/51, GZ. 141.310-Pol/51, Karton 176.



Auch wenn Wien verständlicherweise nicht gewillt war, eine eigene Triest-Politik zu betreiben, sollte dies aber nicht als Desinteresse verstanden werden. Österreich war bis 1950 fast ausschließlich in der Rolle des Beobachters verblieben, aber in dieser Position war man durchaus sehr aufmerksam. Auch abseits der Eingaben und vereinzelter Reiseberichte die am Ballhausplatz einlangten wurde die Lage in Triest bereits seit Anfang Mai 1945 seitens der österreichischen Diplomatie aufmerksam verfolgt. Zunächst geschah dies durch das Abhören von Rundfunkmeldungen. Das jugoslawische Vorgehen in Kärnten und Triest wurde stets als Parallelentwicklung betrachtet. Die Ankündigungen Titos wurden mit großer Sorge verfolgt.<sup>37</sup> Die Räumung Kärntens<sup>38</sup> und Triests<sup>39</sup> wurde mit Erleichterung vermerkt, wenngleich aus den Aussagen Titos klar wurde, dass die jugoslawischen Gebietsforderungen damit keinesfalls vom Tisch waren.<sup>40</sup> Nach dem Friedensvertrag mit Italien und der Etablierung des Freien Territoriums Triest (FTT) 1947 machte man sich in Wien keine Illusionen über die künftige Entwicklung der unter jugoslawischer Verwaltung stehenden Zone B. Die Verstaatlichungen, die Währungspolitik sowie schließlich auch die Gesetzgebung wurden dahingehend gewertet, dass Jugoslawien die Zone B als Teil seines Territoriums ansah und keinesfalls wieder hergeben würde. Da sich Österreich trotz Viermächtebesatzung als eindeutig dem Westen

<sup>37</sup> Amtsvermerk, Wien, 4. Mai 1945, ÖStA, AdR, StKA/AA, II-Pol 1945, GZl. 2-pol/45, Zl. 32-pol/45, Karton 1; Amtsvermerk, Wien, 16. Mai 1945, ÖStA, AdR, StKA/AA, II-Pol 1945, GZl. 2-pol/45, Zl. 34-pol/45, Karton 1; [Aufzeichnung], Wien, 17. Mai 1945, ÖStA, AdR, StKA/AA, II-Pol 1945, GZl. 2-pol/45, Zl. 50-pol/45, Karton 1; Amtsvermerk, Wien, 18. Mai 1945, ÖStA, AdR, StKA/AA, II-Pol 1945, GZl. 2-pol/45, Zl. 52-pol/45, Karton 1; Nachrichten des englischen Rundfunks vom 20. Mai 1945, 11 Uhr, ÖStA, AdR, StKA/AA, II-Pol 1945, GZl. 2-pol/45, Zl. 67-pol/45, Karton 1;

<sup>38</sup> „Die Räumung Kärntens von jugoslawischen Truppen geht glatt vor sich. Die englische 8. Armee hat mehrere hundert LKW an Marschall Tito zur Beschleunigung zur Verfügung gestellt. Der Abzug der jugoslawischen Truppen wird eine fühlbare Erleichterung der Ernährungslage Kärntens herbeiführen. Die Lage in Triest ist unverändert. [...] Zwischen den Westmächten und Tito wurden in der Frage Triest weitere Noten gewechselt, deren Inhalt unbekannt ist. Der Sender Belgrad hat erklärt, dass das Problem Triest durch unmittelbare Verhandlungen zwischen Jugoslawien und Italien gelöst werden müsse.“ Nachrichten des englischen Rundfunks vom 22. Mai 1945, 11 Uhr., Wien, 23. Mai 1945, ÖStA, AdR, StKA/AA, II-Pol 1945, GZl. 2-pol/45, Zl. 126-pol/45, Karton 1.

<sup>39</sup> „Über Triest und seine Umgebung wird heute in Belgrad ein Abkommen zwischen England und der USA und Jugoslawien unterzeichnet werden, dass die vollständige Zurückziehung jugoslawischer Truppen aus diesen Gebieten vorsieht. Die endgültige Regelung soll auf der Friedenskonferenz erfolgen.“ Amtsvermerk, Wien, 9. Juni 1945, ÖStA, AdR, StKA/AA, II-Pol 1945, GZl. 2-pol/45, Zl. 187-pol/45, Karton 1.

<sup>40</sup> „Das in Belgrad am Samstag unterzeichnete Abkommen über Triest sieht die Zurückziehung aller jugoslawischer Truppen aus der Stadt vor. Die Demarkationslinie verläuft nunmehr von einem Punkt südlich Triests in nördl. Richtung durch Görz hindurch bis zu einem Punkt an der österr. Grenze südlich Villach. Pola und die übrigen an der Westküste Istriens gelegenen Häfen gelangen ebenfalls unter ausschliessliche alliierte Kontrolle.“ Amtsvermerk, Wien, 10. Juni 1945, ÖStA, AdR, StKA/AA, II-Pol 1945, GZl. 2-pol/45, Zl. 206-pol/45, Karton 1. Zu den jugoslawischen Forderungen betreffend Kärnten bereits davor: Nachrichten des englischen Rundfunks vom 28. Mai 1945, 11.30 h., Wien, 28. Mai 1945, ÖStA, AdR, StKA/AA, II-Pol 1945, GZl. 2-pol/45, Zl. 126-pol/45, Karton 1; Amtsvermerk, Wien, 29. Mai 1945, ÖStA, AdR, StKA/AA, II-Pol 1945, GZl. 2-pol/45, Zl. 109-pol/45, Karton 1; Amtsvermerk, Wien, 6. Juni 1945, ÖStA, AdR, StKA/AA, II-Pol 1945, GZl. 2-pol/45, Zl. 154-pol/45, Karton 1; „Marschall Tito empfing dieser Tage eine Abordnung von Kärntner Slovenen und erklärte in einer Ansprache, dass Jugoslawien seine Ansprüche auf Kärnten trotz vorläufiger Räumung dieses Gebietes nie aufgeben werde. ‚Wir werden Kärnten zurückerobern‘ so sagte er wörtlich. (Sender des Alliierten Oberkommandos Mittelmeer)“ Amtsvermerk, Wien, 5. Juni 1945, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1945, GZl. 2-pol/45, Zl. 195-pol/45, Karton 1.

zugehöriges Land und als Demokratie betrachtete, verwundert es kaum, dass die frühe Berichterstattung der österreichischen Diplomatie den „Slawokommunismus“ eindeutig negativ wertete. Das FTT war demnach *„nur ein Abschnitt in einer einzigen politischen Front, die von Triest nach Kärnten reicht“*.<sup>41</sup>

Als die von Italien dezidiert abgelehnte Forderung nach der „Rückkehr“ Südtirols zu Österreich im Herbst 1945 die erste „Massenbewegung“ der Zweiten Republik auslöste, bestand in der Frage Triests eine aus den politischen Frontstellungen der frühen Nachkriegszeit resultierende österreichisch-italienische Interessenskonvergenz. Aus Rom wurde an Außenminister Gruber kommuniziert: *„Was die Triestiner Frage anbelangt, so ist die oesterreichische Einflussnahme – soweit diese rein wirtschaftspolitische Interessen vertritt – in italienischen Regierungskreisen gerne gesehen, da sich die italienische Regierung und Oeffentlichkeit damit eine Staerkung den jugoslawischen Anspruechen gegenueber verspricht.“* Vergleichbar mit den italienischen Zusicherungen einer größtmöglichen Autonomie in Südtirol, versicherte Rom gegenüber Wien *„zu jeglichen Konzessionen in Triest in wirtschaftlicher und verkehrspolitischer Beziehung“* bereit zu sein und zeigte sich *„der eminenten Bedeutung des oesterreichischen Transitverkehrs ueber diesen Adriaafen“* bewusst.<sup>42</sup>

Ende des Jahres versicherte die österreichische Regierung gegenüber den Vereinigten Staaten, dass sie zwar niemals ihre Ansprüche auf Südtirol aufgeben, sich jedoch nicht in den italienisch-jugoslawischen Konflikt einmischen werde.<sup>43</sup> Im Frühjahr 1946 dominierten dementsprechend die Südtirol-Frage und ihre Klärung im in Verhandlung stehenden italienischen Friedensvertrag. Im Mai und Juni wurde in Paris nicht nur über Triest, sondern auch über die von Österreich vorgeschlagene „Pustertal-Lösung“ also einer (schlussendlich abgelehnten) Abtretung eines Teils Südtirols an Österreich gesprochen. Am Rande der Pariser Verhandlungen suchte Jugoslawien erstmals im Zusammenhang mit den Territorialkonflikten der Alpen-Adria-Region den direkten Kontakt mit Österreich. Ein jugoslawischer Journalist erkundigte sich beim österreichischen Diplomaten Ernst Lemberger über die österreichischen *„Grenzforderungen gegen Italien“*, bemerkte im selben Atemzug, *„dass Jugoslawien und Oesterreich einen gemeinsamen Gegner hätten und erkundigte sich lebhaft nach der Stellung*

---

<sup>41</sup> Bericht über Triest, Wien, 12. November 1947, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1947, Panzerakten, GZ. 110.525-Pol/47, Karton 55.

<sup>42</sup> Dr. Peter Breycha-Zuliany an Staatssekretär Gruber, Rom, 22. Oktober 1945, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1945, Gr.Zl. 1723-pol/45, GZ. 1776-pol/45, Karton 9.

<sup>43</sup> *„As far as the question of Triest[e] was concerned, Austria was interested in a free zone, including interest in an internationalization of the port, although it did not wish in any way to force itself into discussion of these problems on the part of Italy and Yugoslavia.“* Renner an Erhardt (Political Adviser to the Commander in Chief of the USFA), Wien, 10. Dezember 1945, NARA, RG 59, CDF 1945–49, Box 6850.

der Bundesregierung zur Triester Frage“. In diesem Zusammenhang brachte er sein Bedauern zum Ausdruck, dass es auf Regierungsebene noch keinen Kontakt zwischen Österreich und Jugoslawien gebe und erwähnte, dass der stellvertretende jugoslawische Außenminister Aleš Bebler derzeit in Paris weile. Da es offensichtlich war, dass diese Initiative von Bebler ausging ersuchte der ebenfalls in Paris anwesende Gruber seine Diplomaten *„womöglich einen baldigen diskreten Kontakt mit dem jugoslawischen Minister zustande zu bringen“*. Bebler stimmte einem Treffen zu, auch wenn er abstritt, dass die Initiative von ihm ausgegangen sei.<sup>44</sup> Die mexikanische Botschaft in Paris diente Gruber und dem stellvertretenden jugoslawischen Außenminister Aleš Bebler als Begegnungsstätte. Das Zustandekommen des Gesprächs kann vor dem Hintergrund der erheblich belasteten österreichisch-jugoslawischen Beziehungen durchaus als überraschend bezeichnet werden, weniger jedoch sein Ausgang. Bebler nutzte das Gespräch um Gruber *„den jugoslawischen Standpunkt in der Triester-Frage“* darzulegen. Dabei ging er auf die Schwierigkeiten, die allen Lösungsvarianten, *„insbesondere auch der Plebiszitlösung“*, entgegenstanden, ein und *„verwies auf naheliegende Parallelen mit der Südtiroler-Frage“*. Der jugoslawische *„Lösungsvorschlag“* sah *„die Internationalisierung des Hafens“* vor, *„während die Stadt ein autonomer Bestandteil im Rahmen des jugoslawischen Bundesstaates werden“* sollte. Gruber informierte daraufhin über die Haltung der österreichischen Regierung, *„dass Oesterreich ausschliesslich an der vollsten und leichtesten Benützbarkeit des Hafens und der Verbindungen zu ihm interessiert sei, da der österreichische Ueberseehandel in Hinkunft hauptsächlich über Triest geführt werden“* solle. Dem setzte er hinzu: *„Ob die Stadt an Italien oder Jugoslawien falle, sei für Oesterreich weniger wichtig.“* Bebler meinte daraufhin, dass das *„bisherige Schweigen Oesterreichs [...] von verschiedenen Seiten als gegen den jugoslawischen Anspruch gerichtet gedeutet werde“*. Gruber betonte, man sei *„über die jugoslawischen Absichten und Stimmungen Oesterreich gegenüber bisher völlig im unklaren“*, weshalb eine Stellungnahme umso weniger zu erwarten gewesen sei. Österreich sei an guten Beziehungen zu seinen östlichen Nachbarn interessiert, mit Jugoslawien sei es im Gegensatz zu anderen Staaten bisher aber noch nicht einmal *„zum Beginn eines Gespräches gekommen“*. Sämtliche Bemühungen Österreichs waren *„vollkommen unbeantwortet“* geblieben. Die bilaterale Stimmung war nach wie vor am Boden. Bebler rechtfertigte die jugoslawische Haltung primär mit der Lage der slowenischen Minderheit in Kärnten. Gruber betonte die Bemühungen der Regierung in dieser Hinsicht und gab zu verstehen, dass die

---

<sup>44</sup> Norbert Bischoff an Generalsekretär Heinrich Wildner, Paris, 1. Juni 1946, Vertraulich!, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1946, Italien 9, Gr.Zl. 111.023-pol/46, GZ. 111.593-pol/46, Karton 14.

Probleme im Rahmen eines funktionierenden Dialogs über die Grenze hinweg sicher schon näher an einer Lösung wären. In diesem Zusammenhang nannte er auch die Kriegsgefangenenfrage, die in Österreich *„stimmungsmäßig von erheblicher Bedeutung sei“*. Mit Blick auf die Möglichkeit eines Plebiszits meinte Gruber: *„Selbst, wenn Jugoslawien eine Volksabstimmung in Südkärnten fordern würde, würde uns dies nicht wesentlich beunruhigen, und wir würden einer solchen Forderung wahrscheinlich nicht opponieren, da wir unserer Sache recht sicher sind.“* Bebler vertrat die Ansicht, dass Österreich den ersten Schritt zur Aufnahme eines Dialogs machen müsste und bezeichnete *„eine Erklärung in der Triester Frage“* als *„das geeignetste Mittel hiezu“*. Gruber lehnte eine solche Erklärung ab, insbesondere, *„solange man nicht wisse, was damit für Oesterreich wirklich von Jugoslawien erreicht werden kann und welche die Intentionen Jugoslaviens Oesterreich gegenüber sind“*. Auch wenn das Gespräch in *„grosser Offenheit und Höflichkeit“* geführt wurde und beiden Seiten die Notwendigkeit der Herstellung offizieller Beziehungen bewusst war, erbrachte die Unterredung in bilateraler Hinsicht auf längere Sicht nichts.<sup>45</sup>

Am Folgetag übermittelten die Jugoslawen durch ihren journalistischen Briefträger die Vorschläge Beblers. Außenminister Gruber ordnete an, über das Gespräch und die jugoslawischen Vorschläge nach Wien zu berichten, damit die dadurch aufgeworfenen Fragen am Ballhausplatz studiert werden könnten. Der österreichische Außenminister war der Überzeugung, dass eine österreichische Erklärung *„eine erhebliche Stärkung der russischen Position auf der künftigen Außenministerkonferenz darstellen“* würde. Österreichs diplomatischer Vertreter in Paris Norbert Bischoff regte an, im Falle einer Erklärung jedenfalls *„nach einer neutraleren Fassung“* zu suchen. In dieser könnte erklärt werden, dass die jugoslawischen Vorschläge hinsichtlich Triest *„den Interessen Oesterreichs vollkommen gerecht“* werden, *„dass aber auch die übrigen bisher bekannt gewordenen Lösungsvorschläge diesen Interessen genüge zu leisten scheinen“*. Gruber hielt dies für machbar, behielt sich eine *„endgültige Entscheidung“* aber vor, bis Klarheit über die Haltung der westlichen Alliierten in dieser Frage bestünde. Eine bedeutende Rolle spielte auch die Frage, welche Funktion eine solche Erklärung im bilateralen Verhältnis zu Jugoslawien erfüllen könnte.<sup>46</sup>

Die Briten hatten von der Unterrundung zwischen Bebler und Gruber erfahren und den österreichischen Außenminister, der von Paris nach London weitergereist war, dazu befragt.

---

<sup>45</sup> Amtsvermerk, Paris, 29. Mai 1946, Beilage zu: Norbert Bischoff an Generalsekretär Heinrich Wildner, Paris, 1. Juni 1946, Vertraulich!, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1946, Italien 9, Gr.Zl. 111.023-pol/46, GZ. 111.593-pol/46, Karton 14.

<sup>46</sup> Norbert Bischoff an Generalsekretär Heinrich Wildner, Paris, 1. Juni 1946, Vertraulich!, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1946, Italien 9, Gr.Zl. 111.023-pol/46, GZ. 111.593-pol/46, Karton 14.

Da Gruber in seinen Antworten dem Foreign Office offenbar zu vage geblieben war, hatte Außenminister Ernest Bevin den britischen Vertreter in der Alliierten Kommission Jack Nicholls angewiesen, die österreichische Haltung vor Ort in Wien bei Bundeskanzler Leopold Figl in Erfahrung zu bringen. Dies geschah bevor der Ballhausplatz von Bischoff über die Gespräche in Paris unterrichtet wurde. Konkret ging es den Briten darum rasch Klarheit darüber zu bekommen, ob Österreich bereit sei die von Jugoslawien gewünschte Erklärung abzugeben. Figl sagte Nicholls *„er habe gewisse Schwierigkeiten, sich in der Sache zu äussern, weil Österreich noch kein freier Staat sei. Aber selbst wenn Österreich schon ein vollständig freier Staat wäre, könnte keine österreichische Regierung eine solche Erklärung wie sie die Jugoslawen wünschen unterschreiben. Der Triester Hafen müsse nach seiner Auffassung ein Hafen für ganz Mitteleuropa sein und ihm zur Benützung freistehen.“* Ein Hafen unter Kontrolle der UNO erschien ihm wie den Briten als gute Lösung. Nicholls konnte nach diesem Gespräch übereinstimmende Auffassungen des österreichischen Kanzlers und des britischen Außenministers feststellen.<sup>47</sup>

Vor diesem Hintergrund befasste sich der Ballhausplatz eingehender mit den aus dem Gespräch zwischen Gruber und Bebler zu ziehenden Schlussfolgerungen – und diese waren eindeutig: *„Die jugoslawischerseits gewünschte Zusage können wir nicht geben.“* De facto hatte Gruber den Italienern zu einem früheren Zeitpunkt gesprächsweise bereits *„Unterstützung für die italienischen Ansprüche auf Triest und die Venezia Giulia zugesagt“* (auch wenn er sich an diese möglicherweise aufgrund der Entwicklung der Südtirol-Frage nicht mehr gebunden gefühlt haben mag) und Bundeskanzler Figl hatte gegenüber den Briten deutlich zu den jugoslawischen Avancen Stellung genommen. In eingehender Betrachtungsweise vertrat der Ballhausplatz die Ansicht, *„dass Jugoslawien am allerwenigsten imstande“* sei den Hafen im allseitigen Interesse zu betreiben und die Triester-Frage für die Belgrader Politik *„eine Machtfrage“* sei. Italien traute man eher zu *„den Hafen von Triest wirksam in Gang zu halten“*. Nur bei entsprechenden Tarifbegünstigungen war der Konkurrenz durch die Nordseehäfen zu begegnen. Die vagen jugoslawischen Zusagen betreffend die Benützung des Hafens überzeugten in Wien nicht. Im Transitverkehr hatte Jugoslawien bisher jedenfalls noch nie irgendwelche Erleichterungen forciert. Auch mit Blick auf die bilateralen Beziehungen und insbesondere die Kriegsgefangenenfrage erwartete man keine Fortschritte: *„Die Zusage, einen Schritt zur Anerkennung unseres Staates zu machen, ist ganz unbestimmt gehalten. Bisher haben sich die Jugoslawen uns gegenüber am schäbigsten*

---

<sup>47</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Triester Frage im Verhältnis zu Jugoslawien, Wien, 2. Juni 1946, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1946, Italien 9 Grenzfragen Triest, Gr.Zl. 111.023-pol/46, GZ. 111.705-pol/46, Karton 14.

*benommen. Unsere wiederholten Versuche, mit ihnen in Kontakt zu treten, haben sie eigentlich, wie die Erfahrung zeigt, in ihrer Haltung bestärkt. Es geht ihnen jedoch hiebei im Verhältnis zu uns um mehr. Sie möchten bei uns ein dem ihrigen angepasstes Regime haben, das ihnen die volle Sicherheit für den Bestand ihres jetzigen Regimes geben kann.*<sup>48</sup> Unter diesen Vorzeichen war an eine bilaterale Annäherung, ganz zu schweigen von einer österreichischen Triest-Erklärung im Sinne Jugoslawiens nicht zu denken.

Da die vorläufige Lösung der Triest-Frage durch die Gründung des FTT im Gegensatz zur Südtirol-Frage ohne Konsultierung Österreichs erfolgt war und derart Eingang in den italienischen Friedensvertrag von 1947 gefunden hatte, konzentrierte man sich in Österreich auf die Sicherung der eigenen wirtschaftlichen Interessen in Triest. Um eine künftige „*erfolgreiche Gestaltung des Verkehrs mit Triest*“ zu ermöglichen, mussten eine klare Lösung des Transitrechts erfolgen sowie die baldige Bildung eines Tarifregimes angestrebt werden. Zudem wollte man eine „*entsprechende rechtliche Stellung Österreichs im Freistaat Triest*“ erreichen. Österreich trat vehement gegen Freizonen im Hafen, die man auch vor 1938 hatte, aber nicht im gewünschten Maß nutzen konnte, und eindeutig für einen Freihafen Triest ein. Intern wurde sogar angeregt, die diesbezüglich angestrebten Regelungen in einem künftigen österreichischen Staatsvertrag zu verankern.<sup>49</sup>

Die Errichtung einer offiziellen österreichischen Vertretung in Triest war Anfang 1947 „*noch nicht möglich. Die Militärregierung von Triest drückte jedoch den lebhaften Wunsch aus, möglichst bald eine verschleierte, inoffizielle Vertretung gerade Österreichs in Triest zu sehen.*“ Auch von österreichischer Seite wurde eine solche angestrebt, da neben den wirtschaftlichen Gründen auch die Notwendigkeit einer Vertretungsbehörde für die bis zu 500 in Triest lebenden Österreicher gegeben war.<sup>50</sup> Unter diesen Gegebenheiten strebte die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft die Entsendung eines Kammervertreters nach Triest an. Der Ballhausplatz wollte eine österreichische Wirtschaftsdelegation in Triest etablieren.<sup>51</sup> Dies hätte der von anderen Staaten geübten Praxis entsprochen. Die Konstituierung einer österreichisch-triestiner Handelskammer erfolgte Ende Juni in Triest.<sup>52</sup> Die britische Gesandtschaft in Wien hatte auf Wunsch der Militärregierung Triests seit Jänner

---

<sup>48</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Triester Frage; Verhältnis zu Jugoslawien, Wien, 15. Juni 1946, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1946, Italien 9 Grenzfragen Triest, Gr.Zl. 111.023-pol/46, GZ. 111.705-pol/46, Karton 14.

<sup>49</sup> Memorandum über die Ziele Österreichs im Verkehr mit dem Freistaat Triest, BKA, AA, Zl. 113.602-pol, Wien, 2. Jänner 1947, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1947, Triest 49, Karton 45.

<sup>50</sup> Bericht über Triest, Wien, 12. November 1947, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1947, Panzerakten, GZ. 110.525-Pol/47, Karton 55.

<sup>51</sup> Vertretung in Triest, Wien, 5. März 1948, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1948, Triest 2, GZ. 110.379-pol/48, Karton 86.

<sup>52</sup> Konstituierung der Österr.-Triestiner Handelskammer, Wien 2. Juli 1948, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1948, Triest 2, Gr.Zl. 110.379-pol/48, GZ. 114.673-Pol/48, Karton 86.

1948 immer wieder nachgefragt, wann mit dem Eintreffen einer österreichischen Wirtschaftsdelegation zu rechnen sei.<sup>53</sup> Da Österreich „*die Entsendung einer solchen Wirtschaftsdelegation aus technischen Gründen*“ noch nicht möglich war, erfolgte Anfang 1948 zunächst nur die Einsetzung eines Verwaltungsbeamten zur Erledigung der Pass- und Visaagenden.<sup>54</sup> Briten und Amerikaner stimmten mit dieser Vorgehensweise überein.<sup>55</sup>

Darüber hinaus kommt die wirtschaftspolitische Dimension des Verhältnisses zwischen Österreich und Triest im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan von 1948 bis 1952 mehr als deutlich zum Ausdruck. In dieser Zeit machten die Güter für Österreich 70-80% der per Bahn aus Triest ein- und ausgeführten Waren aus.<sup>56</sup> Diese Lieferungen an Österreich trugen daher maßgeblich dazu bei, die Wirtschaft der Stadt aufrechtzuerhalten. Dies soll gewisse Sympathien für Österreich verstärkt haben.<sup>57</sup> Auch als Basis für die Versorgung der amerikanischen Truppen in Österreich war Triest von großer Bedeutung.<sup>58</sup> In Belgrad hatte die österreichische Diplomatie von Seiten der Alliierten vernommen: „*Seit Ende des zweiten Weltkrieges seien politische wie humanitäre Gründe für die Auswahl Triest's als Basis für die Versorgung der amerikanischen Truppen in Oesterreich massgebend gewesen.*“

---

<sup>53</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Anfrage der Militärregierung Triest, Wien, [o.D.], ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1948, Triest 49, Gr.Zl. 110.379-pol/48, GZ. 110.150-Pol/48, Karton 86.

<sup>54</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Errichtung einer österr. Dienststelle in Triest, Wien, 2. Februar 1948, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1948, Triest 49, Gr.Zl. 110.150-Pol/48, GZ. 110.777-Pol/48, Karton 86.

<sup>55</sup> Dienstzettel an die Abteilung 7, Entsendung eines Verwaltungsbeamten nach Triest, Wien, 9. Februar 1948, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1948, Triest 49, Gr.Zl. 110.150-Pol/48, GZ. 110.972-Pol/48, Karton 86.

<sup>56</sup> Dienstzettel (im Hause) an die Abteilung 5-Pol, Wien, 20. Juni 1953, Zl. 379.006-Wpol/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 321.982-Pol/53, Karton 249. Bereits seit 1950 wurde in den Jahresberichten des Kommandeurs der britisch-amerikanischen Zone von Triest an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen stets festgehalten, „*dass Triest in erster Linie von Oesterreich als Ein- und Ausgangshafen benuetzt*“ werde. Österreichischer Beobachter bei den Vereinten Nationen Matsch an BM Gruber, New York, 2. Oktober 1952, No. 2245, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 156.571-Pol/52, Karton 208.

<sup>57</sup> „*Da sich der Grossteil der Triestiner darüber klar ist, dass die ERP-Lieferungen an Triest und der Transitverkehr der ERP-Waren nach Österreich die Wirtschaft der Stadt aufrechterhalten, erfreuen sich die Vereinigten Staaten von Amerika noch einer gewissen, wenn auch im wesentlichen rein materiell begründeten Sympathie bei der Triestiner Zivilbevölkerung. Hingegen ist Grossbritannien in fast allen Kreisen der Triestiner Zivilbevölkerung ausgesprochen verhasst.*“ Leiter der Passstelle an Gesandten Leitmaier, Triest, 12. August 1949, Zl. 415-A/49, Streng Vertraulich!, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1949, Triest 15, Gr.Zl. 81.210-Pol/49, GZ. 86.824-Pol/49, Karton 113.

<sup>58</sup> „*Trotz der Erklärung der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs vom März d. J., durch die eine baldige Rückgliederung des gesamten Freigebietes von Triest an Italien befürwortet wurde, wird über die voraussichtliche Dauer der Besetzung Triests durch die Alliierten von britischen und US. Offizieren immer wieder die Meinung geäußert, dass Triest, als bequemster und für die Alliierten billigster Hafen für den Verkehr der ERP-Güter nach Österreich, bis 1952, mindestens jedoch bis zur Beendigung der militärischen Besetzung Österreichs besetzt bleiben dürfte. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, dass im Hafen von Triest ein eigenes Kommando der USFA unter dem Befehl eines Oberstleutnants besteht, das für die Durchführung des militärischen Nachschubes für die US Truppen in Österreich verantwortlich ist [...]*“ Leiter der Passstelle an Gesandten Leitmaier, Triest, 12. August 1949, Zl. 415-A/49, Streng Vertraulich!, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1949, Triest 15, Gr.Zl. 81.210-Pol/49, GZ. 86.824-Pol/49, Karton 113.

Damit waren vor allem die dadurch geschaffenen Arbeitsplätze gemeint.<sup>59</sup> Nicht zuletzt deshalb versuchten britische und amerikanische Diplomaten wie Militärs die österreichische Haltung zu und seine Interessen an Triest zu erfragen. Anlässlich einer solchen Unterredung mit dem US-Botschafter in Belgrad, George Allen, ließ der österreichische Gesandte Karl Braunias seinen Ansichten freien Lauf. Braunias meinte, dass Österreich „*das an Triest am meisten interessierte Land*“ sei, „*das aber bisher am wenigsten gefragt wurde*“: „*Nach den Triestinern kommen sofort wir, die an Triest interessiert sind. Denn Triest als Hafen ist wenig für Italien bedeutsam, noch weniger für Jugoslawien, sehr dagegen für uns.*“ Auf eine entsprechende Nachfrage Allens bezeichnete er „*eine Freie Stadt Triest*“ als das österreichische „*Ideal, insbesondere dann, wenn wir auch an der Verwaltung der Stadt Anteil nehmen könnten, wie es uns eigentlich zustehen würde*“. Ein solches Szenario hielt er aber aufgrund der negativen Kondominiumserfahrungen der Zwischenkriegszeit unter Verweis auf Danzig für wenig wahrscheinlich. Daher vertrat er die Ansicht: „*Da also die Herstellung einer wirklichen Unabhängigkeit von Triest wenig wahrscheinlich ist, ergibt sich für uns zwangsläufig, dass wir die Rückgliederung von Triest an Italien als selbstverständliche Konsequenz ansehen, wobei wir den Wunsch hegen, dass Italien uns gewisse Zugeständnisse bei der Ausnützung des Hafens machen wird.*“ In seinem Bericht über das Gespräch mit Allen ersuchte Braunias die Zentrale in Wien um Weisung, wie er sich im Falle künftiger „*Anfragen hinsichtlich unserer Stellung zur Triester Frage verhalten soll*“.<sup>60</sup> Am Ballhausplatz war man ob der Ausführungen von Braunias wenig erfreut. Ihm wurde geantwortet: „*Es möge jede präzise Antwort zur gegenständlichen Frage mit der Begründung vermieden werden, daß die Behandlung derartiger Probleme den Aufgabenbereich der do. Vertretung überschreitet. Falls Botschafter Allen auf seine Anfrage zurückkommt, wäre er aus diesem Grunde anher zu verweisen.*“<sup>61</sup> Der Ballhausplatz drängte seine Diplomaten auch in weiterer Folge zu größtmöglicher Zurückhaltung bei Äußerungen zu Triest.

## **V. Das Junktim der Sowjetunion 1950 und seine Folgen**

Die Entwicklung des Freistaates war nach 1947 in allen ihren Dimensionen höchst kompliziert. Im Zeitraffer noch einmal ganz kurz: Nach der Etablierung des FTT scheiterte man an der gemeinsamen Ernennung eines Gouverneurs. Daraufhin erfolgte die Erklärung der

---

<sup>59</sup> Botschaft an BM Gruber, London, 13. Mai 1952, Zl. 65-P/52, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 151.254-Pol/52, Karton 208.

<sup>60</sup> Politischer Vertreter Braunias an BM Gruber, Belgrad, 4. Mai 1950, Zl. 185-P/50, Vertraulich, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1950, Triest 2, GZ. 121.135-Pol/50, Karton 149.

<sup>61</sup> BKA/AA an Braunias, Wien, 13. Juni 1950, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1950, Triest 2, Gr.Zl. 121.135-Pol/49, GZ. 123.790-Pol/50, Karton 149.



westlichen Alliierten vom März 1948 die – wenn auch unverbindlich – eine Rückgabe Triests an Italien vorsah. Wenig später erfolgte der Bruch zwischen Tito und Stalin was durch die folgende Hinwendung Jugoslawiens zum Westen wiederum eine neue Situation schuf.<sup>62</sup> Die Sowjetunion ließ die weit gediehenen Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag im Jahr 1949 an der Frage des „deutschen Eigentums“ und nach dem Bruch mit Tito wohl auch aus militärstrategischen Gründen scheitern.<sup>63</sup> Im April/Mai 1950 junktimierte sie den Abschluss des Staatsvertrags mit einer für sie akzeptablen Lösung der Triest-Frage und richtete dementsprechende Noten an die westlichen Alliierten. Die Nichteinhaltung des italienischen Friedensvertrags wurde als Hinderungsgrund für den Abschluss des Österreich-Vertrags genannt. Eine Klärung inwieweit dies ausschließlich ein Vorwand war oder doch Ausdruck echter (militärisch begründeter) Besorgnis vor dem Hintergrund des Aufbaus der NATO muss neuen Aktenfunden in Moskauer Archiven vorbehalten bleiben.<sup>64</sup>

Die US-Diplomatie bezeichnete das sowjetische Vorgehen als „*improper, propagandistic, and frivolous*“.<sup>65</sup> Jedoch sah sie darin zunächst einen Versuch, die Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag dahingehend zu instrumentalisieren, amerikanische und britische Truppen aus Triest wegzubekommen.<sup>66</sup> Die *Pravda* vom 8. Mai betonte, dass Moskau den Verbleib britischer und amerikanischer Truppen in Triest als Bruch des italienischen Friedensvertrags werte und daher kein Abschluss des Staatsvertrags möglich sei solange es keine Garantie gebe, dass Ähnliches nicht auch in Österreich passieren würde.<sup>67</sup> Damit war weiterhin unklar, ob es Moskau darum ging, das westliche Streben nach einem Abschluss des Staatsvertrags als Hebel mit Blick auf das FTT und den Abzug der dortigen Besatzungstruppen zu nutzen, ob Moskau tatsächlich zur Lösung beider Fragen durch einen „Handel“ bereit sei, oder ob es nur darum ging, die Verhandlungen über den Staatsvertrag

---

<sup>62</sup> B. C. NOVAK, Trieste 1941–1954: La lotta politica, etnica e ideologica. Milano 2013, 233–258; M. CATTARUZZA, 1945: alle origini della “questione di Trieste”. Ventunesimo Secolo, 7 (2005), 97–111; M. BUCARELLI, La “questione jugoslava” nella politica estera dell’Italia repubblicana (1945–1991) Roma 2008, 17–19, 21–22; A. VARSORI, Il trattato di pace italiano: Le iniziative politiche e diplomatiche dell’Italia. in: La politica estera italiana nel secondo dopoguerra (1943–1957), hrsg. von DERS. Milano 2006, 156–163; J. E. MILLER, L’accettazione della sfida: gli Stati Uniti e le elezioni italiane del 1948. in: ebd., 167–200; I. BANAC, With Stalin against Tito: Cominformist Splits in Yugoslav Communism. Ithaca 1988; P. J. MARKOVIĆ, Beograd između istoka i zapada 1948–1965. Beograd 1996; L. M. LEES, Keeping Tito Afloat: The United States, Yugoslavia, and the Cold War. Pennsylvania 1997; G. VALDEVIT, Il dilemma di Trieste: Guerra e dopoguerra in uno scenario europeo. Gorizia 1999, 157–170.

<sup>63</sup> W. MUELLER, Gab es eine „verpasste Chance“? Die sowjetische Haltung zum Staatsvertrag 1946–1952, in: A. SUPPAN/G. STOURZH/W. MUELLER (Hrsg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität. Wien 2005, 89–120.

<sup>64</sup> STOURZH, Um Einheit und Freiheit, 178–179.

<sup>65</sup> Douglas to Secretary of State, London, 4 May 1950, NARA, RG 59, CDF 1950–54, box 2968.

<sup>66</sup> Kirk to Secretary of State, Moscow, 8 May 1950, No. 1312, NARA, CDF 1950–54, box 2968.

<sup>67</sup> Kirk to Secretary of State, Moscow, 8 May 1950, No. 1319, NARA, CDF 1950–54, box 2968.

weiter zu behindern.<sup>68</sup> Daher wurde angeregt der Sowjetunion anzubieten, alle Artikel des Staatsvertrags zu akzeptieren, diesen sofort abzuschließen und anschließend über alle anderen Moskau interessierenden Fragen zu verhandeln. Im Falle einer Ablehnung wäre offenkundig geworden, dass die Sowjetunion keinen Abschluss des Vertrags wollte.<sup>69</sup> Der Konnex zwischen der Österreich- und der Triest-Frage wurde nicht akzeptiert, jedoch war auch rasch klar geworden, dass die Sowjetunion erst über Österreich weiterverhandeln würde, wenn die Alliierten ihre Note beantwortet hätten.<sup>70</sup> Damit war auch offenkundig welchen Zweck das sowjetische Junktim erfüllte: Nämlich die Verzögerung der Österreich-Frage bis zu einer für Moskau genehmen Lösung der Triest-Frage.<sup>71</sup> Im State Department hielt man fest, dass seitens der Sowjetunion kein Wille zum Abschluss des Vertrags bestand.<sup>72</sup> Immerhin ging die Sowjetunion rasch wieder von ihrer Haltung ab, die in den Sitzungen der Sonderbeauftragten ablaufenden Verhandlungen über Österreich erst nach einer Beantwortung ihrer Noten über Triest fortzusetzen.<sup>73</sup> Nach einer fruchtlosen Sitzung im Juli wurde der Stillstand der Verhandlungen im September besonders deutlich sichtbar.

Trotz des Werbens der westlichen Alliierten um Kompromissbereitschaft zu Beginn der Sitzung vom 7. September 1950, insistierte der sowjetische Botschafter Georgij N. Zarubin von Anfang an auf eine Diskussion über die sowjetischen Noten betreffend Triest. Erneut brachte er die bekannte Argumentation vor, dass es, solange britisches und amerikanisches Militär in Triest stationiert sei, keine Garantie gebe, dass in Österreich nach dem Abschluss eines Staatsvertrags nicht das Gleiche passieren würde. Darauf folgte eine fruchtlose Diskussion in der der Westen sich weigerte über Triest zu diskutieren, während die Sowjetunion nicht Willens war die Verhandlungen über die in Streit stehenden Artikel des Staatsvertrags fortzusetzen. Aus westlicher Sicht hatte die Fortsetzung der Diskussion keinen Sinn mehr. Der britische Vertreter Sir Ivo Mallet nannte dies „eine Zeitverschwendung“. Nachdem Zarubin nicht bereit war einer Vertagung zuzustimmen fragte ihn Mallet: „*Have you any other proposals to make?*“ Darauf antwortete Zarubin: „*I have already told you my propositions.*“ Mallet setzte fort: „*On what date do you propose that we should set as you suggest?*“ Zarubin antwortete: „*To-day.*“ Mallet fragte erneut: „*When?*“ Zarubin wiederholte: „*To-day.*“ Daraufhin unterbrach der Vertreter des State Departments, Samuel Reber, diese Endlosschleife mit der Bemerkung: „*This is a complete farce.*“ Nachdem

---

<sup>68</sup> Kirk to Secretary of State, Moscow, 10 May 1950, No. 1341, NARA, CDF 1950–54, box 2968.

<sup>69</sup> Erhardt to Secretary of State, Vienna, 11 May 1950, No. 698, NARA, CDF 1950–54, box 2968.

<sup>70</sup> Douglas to Secretary of State, London, 22 May 1950, No. 2845, NARA, CDF 1950–54, box 2968.

<sup>71</sup> Douglas to Secretary of State, London, 23 May 1950, No. 2878, NARA, CDF 1950–54, box 2968.

<sup>72</sup> Department of State to Embassy London, 24 May 1950, NARA, CDF 1950–54, box 2968.

<sup>73</sup> Douglas to Secretary of State, London, 25 May 1950, No. 2938, NARA, CDF 1950–54, box 2968.

Zarubin den Amerikaner beschuldigt hatte, den Staatsvertrag für nichts weiter als eine Komödie zu halten, rief Reber die sowjetische Verzögerungstaktik seit November 1949, die jüngst um das Junktim mit der Triest-Frage erweitert wurde, in Erinnerung und schloss seine Ausführungen mit der Feststellung: „*If it is not a farce, I am afraid I do not know what it is; and it is a tragic farce – because we are unable to fulfil the obligations which we undertook.*“<sup>74</sup> Der Dialog hätte einer der filmisch umgesetzten Slapstickkomödien des Kalten Kriegs à la Billy Wilders *One, two, three* entspringen können, doch in diesem Fall gilt es festzuhalten: Reber hatte Recht, für Österreich stellte die sowjetische Weigerung mit den Verhandlungen über den Staatsvertrag fortzufahren eine Tragödie dar.<sup>75</sup>

Als Außenminister Gruber am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Oktober 1950 mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Ja. Vyšinskij zusammentraf wiederholte dieser die bekannte sowjetische Position. Grubers Versicherung, dass Österreich keine unilaterale amerikanische Besatzung akzeptieren würde, konterte der sowjetische Außenminister mit der Bemerkung, dass Österreich zu schwach sei, um einen amerikanischen Truppenabzug sicherzustellen.<sup>76</sup> Auf dem nächsten Treffen der Deputierten hatte sich an der Lage nichts geändert, aber zumindest reduzierten sich die Polemiken auf ein Minimum.<sup>77</sup> Österreich informierte die USA, dass auch Wien keinen Konnex zwischen der Österreich- und der Triest-Frage akzeptiere. Gruber hatte zudem gegenüber den Sowjets klargestellt, dass er mit ihnen nicht über Triest diskutieren würde. Dies betrachtete er als ein Thema für deren Verhandlungen mit den westlichen Alliierten, das aber nicht Teil der Verhandlungen über den Staatsvertrag sein sollte.<sup>78</sup>

Für die österreichische Politik bestand zu keinem Zeitpunkt ein direkter Zusammenhang zwischen Triest und dem Staatsvertrag. Das Ausbleiben eines Vertrages wurde mit der „weltpolitischen Eiszeit“ zu Beginn der 1950er-Jahre (man denke in globaler Perspektive nur an den Korea Krieg) sowie mit der seitens der Sowjetunion vorgenommenen Verknüpfung des Staatsvertrages mit der Lösung der deutschen Frage erklärt. Vor diesem Hintergrund wurden die Staatsvertragsverhandlungen von 1950 bis 1953 eingefroren. Nur wenige diesbezügliche Sitzungen und Zusammenkünfte fanden statt. Immer wieder forderte die österreichische Bundesregierung die Wiederaufnahme der Beratungen der

---

<sup>74</sup> Council of Foreign Ministers, London 1950, United States Delegation. Verbatim Minutes of the Two Hundred Fifty-Seventh Meeting of the Deputies for Austria held at Lancaster House, 7 September 1950, NARA, RG 59, CDF 1950–54, box 2968.

<sup>75</sup> Zu Reber siehe W. MUELLER, Wer ist Samuel Reber junior?, in: Die Furche, 13. Mai 2015, Journal 11.

<sup>76</sup> Memorandum of Conversation by Telephone, 30. Oktober 1950, Subject: Conversation between Dr. Gruber and Mr. Vishinsky [sic!] as related by Dr. Coreth, NARA, RG 59, CDF 1950–54, box 2968.

<sup>77</sup> Holmes to Secretary of State, London, 16 December 1950, NARA, RG 59, CDF 1950–54, box 2968.

<sup>78</sup> Donnelly to Secretary of State, Wien, 18. September 1951, NARA, RG 59, CDF 1950–54, box 2968.

Sonderbeauftragten. Anfang 1952 verharnte die Sowjetunion auf dem bereits seit 1950 bekannten Standpunkt: „Die Sowjets verlangten, die Frage der Entnazifizierung und Entmilitarisierung in Österreich sowie die Triester Frage von den Sonderbeauftragten verhandeln zu lassen“. Da sich dies nicht durchsetzen ließ, verweigerten sie die Fortsetzung der Verhandlungen. Im ganzen Jahr 1952 kam es zu keiner Zusammenkunft der Sonderbeauftragten mehr. Die letzten beiden Sitzungen der Österreich-Beauftragten fanden im Februar 1953 in London statt. Im Mai 1953 lehnte die Sowjetunion weitere solche Sitzungen ab und verwies den Staatsvertrag auf den Weg normaler diplomatischer Verhandlungen.<sup>79</sup> Für die österreichische Politik war das Junktim mit Triest jedenfalls ein Vorwand, der lediglich die vorherige Verzögerung des Staatsvertrags aufgrund der jugoslawischen Gebietsforderungen abgelöst hatte. Nichtsdestotrotz mussten fortan jede Entwicklung und jeder politische Schachzug in Triest auch auf Rückwirkungen auf die Staatsvertragsfrage untersucht werden.

## **VI. Das Junktim im Kontext des Dreiecksverhältnisses Italien-Jugoslawien-Österreich**

Das sowjetische Junktim machte es unvermeidlich, dass man sich in Italien und Jugoslawien verstärkt mit der österreichischen Haltung auseinandersetzte und dass diese regelmäßig – auch öffentlich – thematisiert wurde. In italienischen Medien aber auch unter italienischen Politikern wurde immer wieder über geheime österreichische Initiativen spekuliert.<sup>80</sup> Der Ballhausplatz bemühte sich derartige Spekulationen zu entkräften und hielt vorbeugend fest: „Es ist auch *pro futuro* keinesfalls eine österr[eichische] Einmischung in Triester politische Fragen in Aussicht genommen.“ Nichtsdestotrotz war Österreich aufgrund seiner wirtschaftlichen Interessen „an einer, den hiesigen Wünschen entsprechenden Regelung der damit zusammenhängenden tarifarischen und finanziellen Fragen“ interessiert. Zu den daraus resultierenden italienischen Spekulationen über „politische Aspirationen“ Österreichs hielt man fest: „Derartige Schlüsse, besonders, wenn sie mit einer Frage zusammenhängen, der die nationale Eitelkeit bereits so viele Opfer bringen mußte, wie dies bei Triest der Fall ist, werden jedoch in Italien nie ganz vermieden werden können.“<sup>81</sup> Auch seitens der österreichischen Politik wurde kontinuierlich betont, dass Österreich lediglich wirtschaftliche

---

<sup>79</sup> STOURZH, Einheit, 183–184.

<sup>80</sup> Gesandter Schwarzenberg an Gesandten Leitmaier, Rom, 5. April 1951, Zl. 132-Res/51, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1951, Triest 2, Gr.Zl. 132.378-Pol/51, GZ. 134.399-Pol/51, Karton 176.

<sup>81</sup> BKA/AA an Gesandten Schwarzenberg, Wien, 21. April 1951, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1951, Triest 2, Gr.Zl. 132.378-Pol/51, GZ. 134.399-Pol/51, Karton 176.

Interessen verfolge und es keinerlei politische Aspirationen auf Triest hege.<sup>82</sup> Dass dies in Italien nicht gänzlich ausreichte um beruhigend zu wirken wird vor dem Hintergrund der Verbesserung des österreichisch-jugoslawischen Verhältnisses besser verständlich.

Die österreichisch-jugoslawischen Beziehungen waren nach 1945 infolge des Zweiten Weltkriegs, den anschließenden Vertreibungen und Enteignungen, der kurzzeitigen Besetzung des südlichen Österreichs, sowie den Gebietsforderungen in Kärnten und der Steiermark an einem absoluten Nullpunkt angelangt. Auch nach dem Bruch zwischen Tito und Stalin dauerte es aufgrund der Territorialforderungen und der Frage des Minderheitenschutzes bis 1950 ehe sich die jugoslawische Haltung gegenüber Österreich änderte. Die jugoslawischerseits mehrfach reduzierten Gebietsforderungen wurden seitens der Sowjetunion seit Anfang 1949 nicht mehr unterstützt. Als Folge der stärkeren Westorientierung Belgrads wurde nun auf direktem Weg nach Lösungen für die bestehenden bilateralen Probleme gesucht. Deutlicher Ausdruck des verbesserten Nachbarschaftsverhältnisses war der Besuch von Außenminister Karl Gruber in Jugoslawien im Juni 1952, bei dem die Frage des Minderheitenschutzes, auf dem Belgrad beharrte und der schließlich 1955 auch entsprechend Eingang in den Staatsvertrag fand, nicht einmal zur Sprache kam.<sup>83</sup>

Während das Verhältnis zu Österreich in ruhigere Wasser übergang war das Verhältnis Jugoslawiens zu Italien weit von einer vergleichbaren Entspannung entfernt. Trotz ökonomischer Annäherung und Druck von außen sorgte der Konflikt um Triest beständig für Spannungen. Dementsprechend besorgt reagierte Italien auf jede vermeintlich projugoslawische Stellungnahme Österreichs. Im Oktober 1950 hatte Bundesminister Ernst Kolb in einer Rede in Zagreb den auf Grund der kürzeren Strecke über Jugoslawien laufenden Transitverkehr von Wien nach Triest angesprochen. Dies wurde von italienischer Seite missverstanden und Gesandter Braunias musste deren Annahme, dass Österreich für eine „*Angliederung Triests an Jugoslawien eintrete*“ dementieren.<sup>84</sup> Nach dem erfolglosen Versuch des Jahres 1946, die Wiener Regierung in der Triest-Frage im Sinne Belgrads zu instrumentalisieren, hatte Jugoslawien Österreich in weiterer Folge stets nur über seine

---

<sup>82</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Interview des Herrn Vizekanzlers für dem Corriere di Trieste, Wien, 8. August 1951, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1951, Triest 6, Gr.Zl. 132.062-Pol/51, GZ. 137.732-Pol/51, Karton 176.

<sup>83</sup> A. SUPPAN, Jugoslawien und der österreichische Staatsvertrag, in: DERS.–G. STOURZH–W. MUELLER (Hrsg.) Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität. Wien 2005, 431–447; P. DRAGIŠIĆ, Österreichisch-jugoslawische Beziehungen 1945–1955. Dissertation Wien 2007; P. DRAGIŠIĆ, Odnosi Jugoslavije i Austrije 1945–1955. Beograd 2013; Stefan Karner/Peter Ruggenthaler, Stalin, Tito und die Österreichfrage. Zur Österreichpolitik des Kreml im Kontext der sowjetischen Jugoslawienpolitik 1945 bis 1949, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2008, 81–105.

<sup>84</sup> Politischer Vertreter Braunias an BM Gruber, Belgrad, 18. Oktober 1950, Zl. 425-P/50, Vertraulich, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1950, Triest 2, GZ. 121.135-Pol/50, Gr.Zl. 128.729-Pol/50, Karton 149; Gesandter Braunias an BM Gruber, Belgrad, 18. September 1951, Zl. 415-P/51, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1951, Triest 2, Gr.Zl. 132.378-Pol/51, GZ. 139.323-Pol/51, Karton 176.

Position in der Triest-Frage informiert.<sup>85</sup> In jenen Jahren forderte Jugoslawien (nach außen hin) beständig eine Freistaatlösung. In diesem Zusammenhang kam für die Belgrader Diplomatie auch wieder Österreich ins Spiel. Diese trachtete nun erneut danach, Österreich in der Triest-Frage zu instrumentalisieren und vor dem Hintergrund der verbesserten bilateralen Beziehungen rechnete man sich nun offenbar größere Erfolgchancen aus.<sup>86</sup> Seit März 1952, nachdem Belgrad überraschend eine von Rom postwendend abgelehnte italienisch-jugoslawische Kondominiums-Lösung zur Überwindung des Patts bei der Bestellung eines Gouverneurs vorgeschlagen hatte,<sup>87</sup> interessierte sich Jugoslawien auch intensiv für die österreichische Haltung zu Triest. Der österreichische Gesandte in Belgrad, Karl Braunias, wurde hier zum Hauptansprechpartner. Aufgrund der Instruktionen des Ballhausplatzes konnte er aber stets nur mit größter Zurückhaltung antworten. Kontinuierlich betonte man nun, dass natürlich auch Österreich (nicht zuletzt aufgrund des sowjetischen Junktims) an einer raschest möglichen Lösung der Triester Frage interessiert sei.<sup>88</sup> Die jugoslawische Seite ging im Verlauf des Frühjahrs 1952 jedoch sogar soweit, mit Verweis auf die Entwicklung der österreichisch-jugoslawischen Beziehungen zu insinuieren, *„dass auch die Triester Frage gelöst werden könnte, wenn sie eine Frage wäre, die nur zwischen Jugoslawien und Österreich bestünde. Jugoslawien hat bei Österreich immer Verständnis gefunden.“* Dem wurde zudem die Frage nachgestellt: *„Vielleicht ginge es auch mit einem österreichischen Gouverneur in Triest?“* Aus derartigen Äußerungen schloss die österreichische Diplomatie jedenfalls, *„dass die Jugoslawen es sicherlich gerne sehen würden, wenn Österreich eine Vermittlerrolle in der Triester Frage übernehmen wollte“*.<sup>89</sup> Damit dürfe sich die österreichische Diplomatie in ihrer Bedeutung überschätzt haben, vielmehr scheint die jugoslawische Politik auf Italien abgezielt zu haben. Auch in Rom suchte die jugoslawische Diplomatie das Gespräch mit dem österreichischen Botschafter, Johannes Schwarzenberg. Dieser hatte zwar nicht den Eindruck, dass der jugoslawische Botschafter Vladimir Velebit Österreich für *„eine Vermittlerrolle in Betracht zieht“*, offensichtlich war aber, dass er um

<sup>85</sup> Gesandter Braunias an BM Gruber Belgrad, 5. September 1951, Zl. 404-P/51, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1951, Triest 2, Gr.Zl. 132.378-Pol/51, GZ. 138.840-Pol/51, Karton 176. Wurde Rom zur Kenntnis gebracht.

<sup>86</sup> Für die erste Studie die diesem Faktum im Kontext der Besuchsdiplomatie Aufmerksamkeit schenkte siehe DRAGIŠIĆ, Österreichisch-jugoslawische Beziehungen, 161–177.

<sup>87</sup> Gesandter Braunias an BM Gruber, Belgrad, 1. März 1952, Zl. 129-P/52, Vertraulich, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, GZ. 149.156-Pol/52, Karton 208; Gesandter Braunias an BM Gruber, Belgrad, 7. März 1952, Zl. 138-P/52, Geheim, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 149.157-Pol/52, Karton 208; Gesandter Braunias an BM Gruber, Belgrad, 8. März 1952, Zl. 142-P/52, Geheim, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 149.158-Pol/52, Karton 208.

<sup>88</sup> Gesandter Braunias an BM Gruber, Belgrad, 25. März 1952, Zl. 187-P/52, Geheim, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 149.994-Pol/52, Karton 208.

<sup>89</sup> Gesandter Braunias an BM Gruber, Belgrad, 27. März 1952, Zl. 191-P/52, Geheim, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 150.104-Pol/52, Karton 208.

„Verständnis für den jugoslawischen Standpunkt“ warb. Schwarzenberg wies auf die innenpolitischen Dilemmata der italienischen Regierung hin und stellte prophylaktisch klar, dass sich Österreich insbesondere unter diesen Umständen nicht als Mittler exponieren würde.<sup>90</sup>

Nachdem die Briten und Amerikaner im Mai 1952 einen Teil der Verwaltung der Zone A an Italien übertragen hatten, reagierte Tito scharf und die jugoslawischen Avancen gegenüber Österreich intensivierten sich,<sup>91</sup> was in Italien wiederum für Beunruhigung sorgte. Insbesondere im Zusammenhang mit wechselseitigen Staatsbesuchen zwischen Österreich und Jugoslawien kamen regelmäßig Gerüchte über eine bevorstehende österreichische Triest-Initiative, ja sogar über angebliche Geheimabkommen zwischen den beiden Staaten betreffend Triest auf. Dazu trugen sowohl die kontinuierliche öffentliche Erwähnung der als berechtigt angesehenen österreichischen Wirtschaftsinteressen durch Jugoslawien als auch der Ton und die Haltung vereinzelter österreichischer Medienberichte bei. Italien wurde in diesem Zusammenhang regelmäßig in der österreichischen Botschaft in Rom<sup>92</sup> und am Ballhausplatz<sup>93</sup> vorstellig. Österreich dementierte derartige Spekulationen stets eindeutig.

Anlässlich des bevorstehenden Gruber-Besuches in Jugoslawien im Juni 1952 wurde vom Ballhausplatz eine zur Verwertung in der Presse bestimmte Stellungnahme zur Triester Frage ausgearbeitet: *„Österreich hat aus politischen und wirtschaftlichen Gründen das größte Interesse daran, daß die Triester Frage so rasch als möglich bereinigt wird.“* Die Gründe *„sind teils allgemein-politischer Natur [...], teils sind sie in diesem Falle von einem besonderen österr[eichischen] politischen Interesse diktiert, da ja gerade die Triester Frage während der Verhandlungen über den österr[eichischen] Staatsvertrag von Sowjetrußland mit als Haupthindernis für die sofortige Unterzeichnung des Vertrages bezeichnet wurde.“* Zu den wirtschaftlichen Interessen Österreichs wurde festgehalten, dass Triest für Österreich heute *„handelstechnisch genau die gleiche Rolle“* spiele wie zu Zeiten der

---

<sup>90</sup> Gesandter Schwarzenberg an BM Gruber, Rom, 10. Mai 1952, Zl. 21-Pol/52, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 151.255-Pol/52, Karton 208.

<sup>91</sup> Auch publizistisch das Thema Österreich-Triest nun angesprochen. Gesandter Braunias an BKA/AA, Belgrad, 9. Juni 1952, Zl. 317-P/52, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 152.263-Pol/52, Karton 208.

<sup>92</sup> Amtsvermerk, Haltung der österr. Presse in der Triester Frage; italienische Beschwerde, gezeichnet Kudernatsch, Rom, 13. Mai 1952, übersandt von Gesandten Schwarzenberg an BKA/AA, Rom, 21. Mai 1952, Zl. 185-Res/52, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 151.474-Pol/52, Karton 208. Zur Verwertung österreichische Pressestimmen in jugoslawischen Medien siehe Geschäftsträger a. i. an BKA/AA, Belgrad, 18. April 1952, Zl. 225-P/52, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 150.266-Pol/52, Karton 208.

<sup>93</sup> Beispielsweise Amtsvermerk, Gegenstand: Vorsprache des italienischen Botschafters, Wien, 3. Juli 1953, Kreisky-Archiv, Wien, Länderbox Jugoslawien 1.

Habsburgermonarchie. Triest sei aber nicht nur „*der wichtigste Ausfuhrhafen Österreichs*“, sondern der österreichische Handel „*spielt auch für Triest eine ausschlaggebende Rolle*“.<sup>94</sup>

Gruber, der im April 1952 Rom besucht hatte, stellte dies auch noch vor seiner Abreise auf einer Pressekonferenz klar. Wirklich beruhigt war Italien dadurch aber nicht.<sup>95</sup> Nach dem Besuch stellte der Ballhausplatz klar: „*Die Triester Frage hat weder in Belgrad noch in Brioni den Gegenstand von Verhandlungen oder auch nur von Besprechungen gebildet.*“ Österreich wurde aber sehr wohl über die jugoslawische Position informiert, so auch Gruber durch Tito im Vieraugengespräch. Daraus gewann man den Eindruck, dass für Jugoslawien „*vorläufig nur die definitive Zuteilung der Zone A an Italien und der Zone B an Jugoslawien oder die Freistaatlösung akzeptabel*“ sei.<sup>96</sup> Die Klarstellung der österreichischen Haltung gegenüber Italien gelang angeblich erst Monate später anlässlich des Besuchs von Staatssekretär Paolo Emilio Taviani im November 1952 in Wien<sup>97</sup> und auch diese zeitigte nur temporäre Wirkung. Im Verlauf seiner Visite in Wien hatte Taviani Österreich ersucht, seine wirtschaftlichen Interessen in Triest bekanntzugeben. Da im Kommuniqué über den Besuch festgehalten wurde, dass Österreich nur ökonomische Interessen in Triest habe, zeigte sich wiederum die jugoslawische Diplomatie an den diesbezüglichen Inhalten der Gespräche interessiert.<sup>98</sup>

Sowohl Italien als auch Jugoslawien spielten in ihren Gesprächen mit Österreich gezielt die Angst-Karte indem sie durchaus zutreffende Vorhaltungen über den jeweils anderen Staat zum Besten gaben. Die Italiener betonten, dass Jugoslawien immer noch ein „*kommunistischer Polizeistaat*“ ohne Freiheit sei, der jederzeit wieder auf die Linie Moskaus zurückschwenken könnte.<sup>99</sup> Seitens Jugoslawiens spielte man die Südtirol-Karte und warnte davor, dass Italien trotz aller Versprechungen eine „*Entnationalisierungspolitik*“ betreibe und seine gegebenen Versprechen nicht einhalten würde.<sup>100</sup> Dies erwartete man auch hinsichtlich

---

<sup>94</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Österreichische Stellungnahme zur Triester Frage, Wien, 16. Juni 1952, Dringend, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 152.137-Pol/52, Karton 208.

<sup>95</sup> KARL GRUBER, Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich. Wien 1953, 262–263.

<sup>96</sup> Information, 4. Juli 1952, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 152.905-Pol/52, Karton 208.

<sup>97</sup> GRUBER, Zwischen Befreiung und Freiheit. 262–263. Für die Eindrücke Tavianis siehe: P. E. TAVIANI, *Politica a memoria d'uomo*, Bologna 2001, 227–228.

<sup>98</sup> Gesandter Braunias an BM Gruber, Belgrad, 14. November 1952, Zl. 565-P/52, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, GZ. 158.513-Pol/52, Karton 249.

<sup>99</sup> Amtsvermerk, Haltung der österr. Presse in der Triester Frage; italienische Beschwerde, gezeichnet Kudernatsch, Rom, 13. Mai 1952, übersandt von Gesandten Schwarzenberg an BKA/AA, Rom, 21. Mai 1952, Zl. 185-Res/52, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 151.474-Pol/52, Karton 208.

<sup>100</sup> Gesandter Braunias an BM Gruber, Belgrad, 14. November 1952, Zl. 565-P/52, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, GZ. 158.513-Pol/52, Karton 249.



der österreichischen Wirtschaftsinteressen in Triest, deren Sicherung neben Italien und Jugoslawien auch die westlichen Alliierten zugesagt hatten.<sup>101</sup>

Jugoslawien gab trotz der österreichischen Haltung nicht auf. Im September 1952 meinte der stellvertretende Außenminister Aleš Bebler im Gespräch mit Braunias: *„Triest ist der Hafen für Mitteleuropa. Dieses ist heute durch die Abschnürung der Satellitenstaaten stark eingeeengt worden, so dass praktisch Triest nur mehr der Hafen für Österreich ist. Aus diesem Grunde wäre ein jugoslawisch-italienisch-österreichisches Kondominium die angemessenste Lösung, eine Angliederung Triests an Italien der grösste Unsinn. Jedenfalls müssen die wirtschaftlichen Interessen Österreichs bei der Verwaltung des Hafens berücksichtigt werden.“*<sup>102</sup> Dies wurde fortan der Aufhänger der jugoslawischen Avancen gegenüber Österreich. Möglicherweise mit dem Ziel Österreich anzutreiben, wurde medial gegen eine angeblich von Österreich betriebene *„Ausschaltung Jugoslawiens aus dem Triester Verkehr“* gewettert.<sup>103</sup>

Auch die US-Diplomatie riet Wien im September 1952 Überlegungen anzustellen, wie Österreich an einer internationalen Hafenverwaltung beteiligt werden könnte, um im Fall der Fälle entsprechend vorbereitet zu sein.<sup>104</sup> Gruber ordnete daraufhin an, im Außenamt einen Entwurf zu erarbeiten.<sup>105</sup> Auch die österreichischen wirtschaftlichen Interessen in Triest und die Haltung des Landes zur staatsrechtlichen Stellung Triests sollten nun konkretisiert werden.<sup>106</sup> Die Ausarbeitung nahm offenbar einiges an Zeit in Anspruch und war erst Mitte des Jahres 1953 abgeschlossen.

Für Juni 1953 war ein Gegenbesuch des jugoslawischen Außenministers Koča Popović in Wien geplant, der schließlich aus gesundheitlichen Gründen verschoben werden musste. Im

---

<sup>101</sup> Gesandter Braunias an BM Gruber, Belgrad, 5. Juni 1952, Zl. 277-P/52, Geheim, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 152.064-Pol/52, Karton 208.

<sup>102</sup> Gesandter Braunias an BM Gruber, Belgrad, 16. September 1952, Zl. 481-P/52, Geheim, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 156.249-Pol/52, Karton 208.

<sup>103</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Jugoslawische Klagen über angebliche Ausschaltung Jugoslawiens aus dem Triester Verkehr, Wien, 24. November 1952, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 158.276-Pol/52, Karton 208. Auch der österreichischen Gesandtschaft in Belgrad waren diesbezügliche Gerüchte in den Medien nicht verborgen geblieben. Gesandter Braunias an BKA/AA, Belgrad, 29. November 1952, Zl. 670-P/52, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 158.926-Pol/52, Karton 208. Daraufhin wurde die Abteilung WPol um Stellungnahme gebeten. Amtsvermerk, Gegenstand: Jugoslawische Klagen über die angebliche Ausschaltung Jugoslawiens aus dem Triester Verkehr, Wien, 12. Dezember 1952, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 158.926-Pol/52, Karton 208.

<sup>104</sup> Gesandter Braunias an BM Gruber, Belgrad, 26. September 1952, Zl. 502-P/52, Geheim, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 156.760-Pol/52, Karton 208.

<sup>105</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Triester Frage – Aufstellung eines Schemas für eine internationale Hafenverwaltung, Wien, 24. Oktober 1952, Verschluss, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-Pol/52, GZ. 156.760-Pol/52, Karton 208.

<sup>106</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Wirtschaftliche Interessen Oesterr. an Triest, Wien, 21. Dezember 1952, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 149.156-pol/52, GZ. 158.513-Pol/52, Karton 249.

Vorfeld des Besuchstermins waren in Italien Gerüchte über eine bevorstehende österreichische Triest-Initiative aufgekommen.<sup>107</sup> Popović machte kein Hehl daraus Triest in Wien ansprechen zu wollen.<sup>108</sup> Wenig später regte Jugoslawien gegenüber Österreich direkte Gespräche über Triest an. Der Ballhausplatz legte sich darauf fest nur in wirtschaftliche Gespräche eintreten zu wollen.<sup>109</sup> Nach einem entsprechenden Bericht von Außenminister Gruber an den österreichischen Ministerrat beschloss dieser am 16. Juni 1953, dass „*in dieser Frage nicht politisch, sondern wirtschaftlich in einen Meinungs austausch zu treten*“ sei. Ob der Brisanz der jugoslawischen Anfrage wurde der Beschluss des Ministerrats unter Verschluss gehalten. Da sowohl Italien als auch Jugoslawien Österreich ersucht hatten seine Interessen bekannt zu geben, wurden diese nun in den Bundesländern erfragt und auf Beamtenebene zusammengetragen.<sup>110</sup>

Unterdessen agitierte man in Belgrad weiter in Richtung Österreich, indem Braunias erklärt wurde: Man „*könne nicht verstehen, dass Österreich sich so wenig für Triest interessiert. Durch seine Passivität vergebe sich Österreich eine grosse Chance; der günstige Zeitpunkt ist noch da, er wird aber vorbeigehen, wenn Österreich weiterhin uninteressiert bleibt.*“ Zudem wurde das von Jugoslawien vorgeschlagene Kondominium als „*die beste Garantie für die Sicherung der österreichischen wirtschaftlichen Interessen in Triest*“ beworben: „*Triest innerhalb Italiens wäre der letzte, vernachlässigte italienische Hafen. Ein Kondominium in Triest gibt den lokalen Behörden in Triest grössere Freiheiten, und angesichts deren Sympathien für Österreich sicherlich auch grosse Vorteile für die österreichischen wirtschaftlichen Interessen.*“ Der jugoslawische Wunsch, dass sich Österreich an Triest „*interessiert zeigen möge*“, überraschte die österreichische Diplomatie nicht mehr, viel mehr erblickte man darin ein Anzeichen dafür, „*dass man sich auf jugoslawischer Seite damit abgefunden haben dürfte, dass Österreich nur wirtschaftliche Interessen hat, und dass man nun versucht, mit der Förderung dieser Interessen zu operieren*“.<sup>111</sup>

1953 verschärfte sich die Lage in Triest kontinuierlich. Im September trat Tito in einer hitzigen Rede für die Internationalisierung Triests ein und erwähnte erneut die „*besonderen*

---

<sup>107</sup> Botschafter Schwarzenberg an BM Gruber, Rom, 30. Mai 1953, Zl. 38-Pol/53, Vertraulich, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 321.555-Pol/53, Karton 249.

<sup>108</sup> Botschafter Schwarzenberg an BM Gruber, Rom, 31. Mai 1953, Zl. 40-Pol/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 321.597-Pol/53, Karton 249.

<sup>109</sup> Wunsch der jugoslawischen Regierung mit Österreich bezüglich Triest Besprechungen abzuhalten, Verschluss!, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 321.688-Pol/53, Karton 249.

<sup>110</sup> Protokoll der Sitzung des Ministerrats vom 16. Juni 1953, ÖStA, AdR, BKA, Ministerratsprotokolle (MRP), 2. Republik Raab I, Nr. 11, Karton 109.

<sup>111</sup> Gesandter Braunias an BM Gruber, Belgrad, 18. Juni 1953, Zl. 326-P/53, Vertraulich, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 322.115-Pol/53, Karton 249.

*Interessen Österreichs*“.<sup>112</sup> Zum wiederholten Male wurde zumindest unterschwellig die Idee eines österreichischen Gouverneurs in Triest lanciert, wobei man sich in Belgrad allerdings bewusst war, dass keine österreichische Stellungnahme zu Triest zu erwarten war.<sup>113</sup> Der italienische Ministerpräsident Giuseppe Pella beantwortete Titos Ausführungen mit einer Rede in der er eine Volksabstimmung in Triest forderte.<sup>114</sup> In Mitten dieser krisenhaften Entwicklung konstatierte der österreichische Vertreter in Triest ein Ansteigen der Sympathien für Österreich, was ihn zu erneuten Träumereien von österreichischen „*Ansprüchen*“ auf Triest veranlasste. Zudem lancierte er die angeblich in Triest kursierende Idee eines „*Pufferstaats*“ zwischen Italien und Jugoslawien, der bis an die österreichische Grenze reichen sollte.<sup>115</sup> Eine Idee die aus den Memoranda der Nachkriegszeit bereits bekannt war. In Italien wurde Pellas Rede „*im Hinblick auf mögliche Rückwirkungen in Südtirol als Schnitzer bezeichnet*“.<sup>116</sup> Und seine Forderung nach einer Volksabstimmung in Triest verfehlte ihre Wirkung auf einen bereits gelöst geglaubten Teil der Konflikte in der Alpen-Adria-Region tatsächlich nicht. Seitens der Südtiroler Volkspartei wollte man an die österreichische Regierung herantreten und diese dazu bewegen, nun auch eine Volksabstimmung für Südtirol zu fordern.<sup>117</sup> In Belgrad freute man sich „*über die Schützenhilfe der Südtiroler Presse*“.<sup>118</sup> Auch die österreichische Diplomatie hielt die Forderung nach einer Volksabstimmung über Triest dazu geeignet, um bei der Umsetzung des

<sup>112</sup> Gesandter Wodak an BM Gruber, Belgrad, 9. September 1953, Zl. 6-Pol/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 323.942-Pol/53, Karton 249.

<sup>113</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Äusserungen des jugoslawischen Gesandten Vucinic zur Triester Frage. Wien, 11. September 1953, Verschluss, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 323.878-Pol/53, Karton 249.

<sup>114</sup> Botschafter Schwarzenberg an BM Gruber, 18. September 1953, Zl. 64-POL/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.084-Pol/53, Karton 249. Zur Entstehung der Rede siehe Krippel-Redlich an BM Gruber, Rom, 11. September 1953, Zl. 63-Pol/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 323.911-Pol/53, Karton 249.

<sup>115</sup> „*Ein Pufferstaat der sich von Istrien bis an die österreichische Grenze ziehen soll, soll als Musterbeispiel eines vereinten Europas ins Leben gerufen werden. Als westliche Begrenzung dieses Staates wäre das adriatische Meer und in weiterer Folge die österreichisch-italienische Grenze von 1866, als östliche Grenze die italienisch-jugoslawische von 1920 zu denken, die im nördlichen Teile ausbiegend entlang der Wocheinerbahn bis zur österreichischen Grenze am ‚Hoher Stuhl‘ führen soll. Durch diese Grenzziehung würde ein Territorium geschaffen, welches über eine eigene Bahnlinie und einen durchlaufenden Strassenzug von Tarvis über Caporetto, Tolmein, Görz, Triest verfügt. Das wirtschaftliche Potential der Provinz Friaul könnte die autarke Ernährungsgrundlage für dieses Freigebiet bilden.*“ Generalkonsul Schullern an BKA/AA, Triest, 28. Oktober 1953, Zl. 9-Res/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.977-Pol/53, Karton 249.

<sup>116</sup> Botschafter Schwarzenberg an BM Gruber, 24. September 1953, Zl. 67-POL/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.222-Pol/53, Karton 249.

<sup>117</sup> Information für den Herrn Bundesminister, gezeichnet Ludwig Steiner, Wien, 28. September 1953, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.169-Pol/53, Karton 249. Dazu ausführlicher STEININGER, Südtirol, 146–160.

<sup>118</sup> Botschafter Wodak an BM Gruber, Belgrad, 2. Oktober 1953, Zl. 10-P/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.484-Pol/53, Karton 249.

Autonomiestatuts im Alto Adige Druck auf Italien auszuüben.<sup>119</sup> Dementsprechende Spekulationen kamen auch in britischen Medien auf.<sup>120</sup>

Die neue Bewegung um Triest veranlasste den Ballhausplatz aber dennoch zu einer aktiveren Politik. Dort hielt man fest: *„Die Ereignisse der letzten Wochen lassen erwarten, dass die Triester Frage nunmehr doch einer Lösung näher kommen könnte. Die Entwicklung könnte eventuell auch in der Richtung verlaufen, dass Italien und Jugoslawien ihre Zonen okkupieren, während das Gebiet der Stadt Triest internationalisiert werden dürfte.“* Daher hielt man den *„Zeitpunkt gekommen, die notwendigen Schritte für die Wahrung der österreichischen Interessen an Triest vorzubereiten.“* Österreichs Botschafter bei den Westmächten wurden am 17. September instruiert, *„unter besonderer Betonung des Umstandes, dass Österreich sich selbstverständlich striktestens jeder Einmischung in die mit Triest verbundenen politischen Fragen zu enthalten gedenkt“* in den dortigen Außenministerien vorzusprechen. Dort sollten sie *„auf die Notwendigkeit der Wahrung unserer wirtschaftlichen Interessen in Triest“* hinweisen und darauf drängen, diese bei einer Triest-Lösung nicht außer Acht zu lassen.<sup>121</sup>

Im Londoner Foreign Office ließ Geoffrey Harrison die *„Bemerkung fallen ‚I wonder‘, ob die Bundesregierung vielleicht ein Memorandum über die Triester Frage, soweit sie daran interessiert sei, vorbereitet“.*<sup>122</sup> Die Gerüchteküche kochte in jenen Wochen. In diversen internationalen Medien wurde nun sogar über die Möglichkeit einer Angliederung Triests an Österreich spekuliert. Das State Department gab Österreich, nachdem erste einschlägige Meldungen aufgetaucht waren, aber unmissverständlich zu verstehen, dass man Italien unterstütze und diesem – wenn es denn so einfach wäre – Triest lieber heute als morgen übergeben würde. Bezugnehmend auf Pressestimmen *„welche die Rueckgabe Triests an Oesterreich ventilierten“* wurde offen ausgesprochen, dass man *„nicht einmal in den wildesten Traeumen‘ an so eine Loesung denken“* könnte und zudem auch darauf verwiesen, dass *„wohl auch“* Österreich *„nicht etwas anstreben“* würde, das dazu angetan sei das *„Verhaeltnis zu Italien endgueltig zu vergiften“.*<sup>123</sup>

---

<sup>119</sup> Botschafter Schwarzenberg an BM Gruber, 19. September 1953, Zl. 65-POL/53, Vertraulich, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.220-Pol/53, Karton 249.

<sup>120</sup> Botschafter Wimmer an BKA/AA, London, 7. Oktober 1953, Zl. 6842[-A]/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.555-Pol/53, Karton 249.

<sup>121</sup> BKA/AA an die Botschafter Vollgruber (Paris), Wimmer (London) und Löwenthal (Washington), Wien 17. September 1953, Streng vertraulich!, Verschluss!, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.001-Pol/53, Karton 249.

<sup>122</sup> Telegramm Botschafter Wimmer an BKA/AA, 21. September 1953, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.085-Pol/53, Karton 249.

<sup>123</sup> Botschafter Löwenthal an BM Gruber, Washington, 25. September 1953, Zl. 98-POL/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.298-Pol/53, Karton 249; dazu auch Telegramm

In britischen Medien wurden angesichts des italienischen Vorgehens in Triest seit Anfang Oktober weiterhin Stimmen laut, die anregten Triest an Österreich zu geben.<sup>124</sup> Hier zeigte sich erneut die in den britischen Medien grundsätzlich vorhandene Sympathie für das wiedererrichtete Österreich, der aber, wie der Ausgang der Südtirol-Frage 1945/46 gezeigt hatte, in der Regel keine realpolitische Bedeutung beizumessen war.

Die zwar vorsichtige, aber in Erwartung einer Internationalisierung Triests aktiver werdende österreichische Politik wurde in Belgrad mit „*Befriedigung*“ zur Kenntnis genommen. Man war froh, dass Österreich die jugoslawischen Vorschläge betreffend die Internationalisierung Triests „*nicht rundweg abgelehnt*“ hatte. Damit habe sich Österreich „*den Weg offen gehalten, in einem späteren Zeitpunkt aktiv an der Regelung der Triester Frage teilzunehmen und sogar zum ‚Schiedsrichter‘ zwischen Italien und Jugoslawien zu werden*“. Die diesbezügliche Schreibweise einiger österreichischer Medien gefiel.<sup>125</sup> In Italien kamen angesichts des zu diesem Zeitpunkt immer noch aufgeschobenen, aber jedenfalls in Bälde zu erwartenden Gegenbesuchs von Popović in Wien Spekulationen über angebliche Geheimabkommen zwischen Österreich und Jugoslawien betreffend Triest auf.<sup>126</sup> Außenminister Gruber wollte diesen „*Gerüchten*“ so rasch als möglich entgegenwirken und instruierte die österreichischen Auslandsvertretungen bei den Westmächten dahingehend.<sup>127</sup> Zudem stellte er öffentlich und gegenüber der italienischen Botschaft in Wien klar, dass diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren. Daraufhin zeigten sich die italienische Diplomatie und Politik befriedigt.<sup>128</sup>

Die italienische Presse jubelte und stellte die österreichische Haltung überschwänglich als einen Erfolg der italienischen Diplomatie dar, der es gelungen sei, das jugoslawische

---

Botschafter Löwenthal an BKA/AA, Washington, 23. September 1953, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.157-Pol/53, Karton 249.

<sup>124</sup> Botschafter Wimmer an BM Gruber, 11. November 1953, Zl. 132-Pol/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 325.328-Pol/53, Karton 249. Bereits früher im Jahr war in London zu vernehmen gewesen „*dass doch Oesterreich grosses Interesse an einem unabhaengigen oder unter oesterreichischem Einfluss befindlichen Triest haben muesse*“. Botschaft London an BM Gruber, London, 14. April 1953, Zl. 44-Pol/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 319.970-Pol/53, Karton 249.

<sup>125</sup> Botschafter Wodak an BM Gruber, Belgrad, 2. Oktober 1953, Zl. 10-P/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.484-Pol/53, Karton 249.

<sup>126</sup> Botschafter Wodak an BM Gruber, Belgrad, 22. September 1953, Zl. 8-Pol/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.199-Pol/53, Karton 249.

<sup>127</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Jug. Memorandum betr. Triest und BKA/AA an die Botschaften London, Paris und Washington, Wien, 25. September 1953, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.158-Pol/53, Karton 249.

<sup>128</sup> Botschafter Schwarzenberg an BM Gruber, 24. September 1953, Zl. 66-POL/53, Geheim, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.221-Pol/53, Karton 249; Botschafter Schwarzenberg an BM Gruber, Rom, 25. September 1953, Zl. 69-POL/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.221-Pol/53, Karton 249.

Manöver abzuwehren<sup>129</sup> Dies wiederum verärgerte Gruber. Intern hielt er fest, er habe gegenüber dem italienischen Botschafter lediglich erklärt, dass kein „*Geheimabkommen*“ bestünde. Die darüber hinaus an die Medien gelangten Informationen zur Haltung waren auf dem Stand des Taviani-Besuchs 1952 beziehungsweise älteren Interviews entnommen. Gruber bezeichnete das italienische Vorgehen als „*illoyal*“, wollte den Sachverhalt öffentlich richtigstellen, entschloss sich schließlich aber „*von einer Berichtigung, die der Angelegenheit zu großes außenpolitisches Gewicht geben würde, abzusehen*“. Er ließ es sich aber nicht nehmen, die jugoslawische Botschaft in Wien über den Sachverhalt aufzuklären.<sup>130</sup>

Daraufhin konzentrierte man sich in Wien wieder auf die wirtschaftlichen Interessen in Triest. Der Ballhausplatz hielt zu den österreichischen wirtschaftlichen Forderungen, die auf Weisung Grubers in einem Ministerratsvortrag zusammengefasst wurden, auch fest, „*daß sich Österreich unter den gegebenen Verhältnissen kaum dazu wird verstehen können, eine festere Bindung zu Triest einzugehen, da es die Vorteile, die es aus der Konkurrenz zwischen anderen Häfen und Triest zieht, nicht aufgeben sollte*“. Auch in der Frage der Unterrichtung Italiens und Jugoslawiens über diese war die politische Sektion des Außenamts angesichts der augenblicklich angespannten Lage im Triest skeptisch. Denn bis zur Umsetzung des im Friedensvertrag mit Italien verankerten Status von Triest würde man sich wohl in Gesprächen mit der jugoslawischen oder italienischen Seite „*auf die Frage des Warentransits beschränken müssen*“. Einer von Seiten des italienischen Botschafters erwünschten Information auszuweichen hielt man aber nicht für angezeigt.<sup>131</sup> Der Ministerrat stellte Gruber am 6. Oktober frei, Italien zu einem geeignet scheinenden Zeitpunkt zu informieren, damit entsprach die Regierung dem Wunsch des Außenministers, wonach „*die Übergabe unserer Stellungnahme nach Maßgabe der politischen Opportunität*“ erfolgen sollte.<sup>132</sup>

Im Oktober folgte schließlich die westalliierte Demarche, die den militärischen Rückzug Großbritanniens und der USA aus Triest ankündigte. Darauf folgten militärische Drohgebärden zunächst Jugoslawiens und dann auch Italiens. Als Außenminister Popović im November 1953 zu Besuch nach Wien kam, hatten sich die Dinge wieder etwas beruhigt und

---

<sup>129</sup> Botschafter Schwarzenberg an BM Gruber, Rom, 29. September 1953, Zl. 70-POL/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.410-Pol/53, Karton 249.

<sup>130</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Pressenachrichten über die Unterredung des BM Dr. Gruber mit dem ital. Botschafter am 24. September 1953, Wien, 28. September 1953, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 321.555-Pol/53, Karton 249.

<sup>131</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Triester Frage; österr. Wirtschaftsinteressen, Wien, 17. September 1953, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.008-Pol/53, Karton 249.

<sup>132</sup> Vortrag an den Ministerrat, BM Gruber, Österreichische Wirtschaftsinteressen an Triest, Wien, 22. September 1953, Zl. 401.935-Wpol/53, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.008-Pol/53, Karton 249. Sitzung des Ministerrates am 6. Oktober 1953, ÖStA, AdR, BKA/AA, MRP, 2. Republik Raab 1, Nr. 21, Karton 114.

es zeichnete sich ab, dass verhandelt werden müsse. Gegenüber Gruber wiederholte Popović die bekannten jugoslawischen Positionen. Auf Wunsch des österreichischen Außenministers sicherte er zu, Österreich über die weitere Entwicklung der Triest-Frage zu unterrichten.<sup>133</sup> Auf der Pressekonferenz dominierte dann (nicht zuletzt angeheizt durch die Fragen italienischer Journalisten) die Triest-Frage derart, dass man den Eindruck bekommen konnte, sie sei „das Hauptthema der österreichisch-jugoslawischen Besprechungen gewesen“. Natürlich wurde auch die Frage der Volksabstimmung angeschnitten. In diesem Zusammenhang ließ es sich Popović nicht nehmen festzustellen: „Im übrigen müsste Italien, wenn es ein Plebiszit in Triest verlange, auch einer Volksabstimmung in Südtirol die Zustimmung geben. Wenn eine Volksabstimmung durchgeführt werde, so müsste sie über die Frage der Internationalisierung abgehalten werden.“ Zur Freude Österreichs stellte er aber klar, dass in Wien nicht über die „Frage eines Korridors“ verhandelt wurde, sondern lediglich „Möglichkeiten zur Erleichterung des Verkehrs zwischen Österreich und dem Küstenland erörtert“ wurden.<sup>134</sup> Obwohl Jugoslawien in der Triest-Frage keine Unterstützung von Österreich erhielt, wurde der Besuch von Popović als Erfolg gewertet. Botschafter Walter Wodak sah sich in Belgrad mit der von ihm durchaus geteilten Ansicht konfrontiert, „dass der Staatsbesuch, der in einem für die Beziehungen Jugoslawiens mit der freien Welt kritischen Zeitpunkt stattfand, sicher helfen wird, die psychologischen Folgen des Triester Konflikts [...] zu beseitigen und die gewünschte Integration Jugoslawiens in die Gemeinschaft der freien Völker zu fördern.“<sup>135</sup>

So sehr die Ereignisse vom September und Oktober 1953 die Krise um Triest verschärften, so sehr machten sie auch die Notwendigkeit einer Verhandlungslösung und eines Kompromisses deutlich, der schließlich 1954 auf provisorischer Basis durch das Memorandum of Understanding erfolgte.<sup>136</sup> Auf die ausführliche Berichterstattung der österreichischen

---

<sup>133</sup> Aktenvermerk über die Unterredung des Herrn Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten mit dem jugoslawischen Außenminister Koča Popović am 10. November 1953 in Anwesenheit von Staatsrat Jože Brilej, Gesandten Vučinić, Staatssekretär Kreisky und Gesandten Dr. Wodak, Kreisky-Archiv, Wien, Länderbox Jugoslawien 1.

<sup>134</sup> Presseerklärung des jugoslawischen Staatssekretärs, Kreisky-Archiv, Wien, Länderbox Jugoslawien 1.

<sup>135</sup> Botschafter Wodak an BM Figl, Belgrad, 27. November 1953, Zl. 23-Pol/53, Kreisky-Archiv, Wien, Länderbox Jugoslawien 1.

<sup>136</sup> BUCARELLI, *Questione jugoslava*, 29–31; S. ROMANO, *Guida alla politica estera italiana: Da Badoglio a Berlusconi*. Milano 2006, 90–94; A. TARCHIANI, *Dieci anni tra Roma e Washington*. Milano 1955, 288–296; P. E. TAVIANI, *I giorni di Trieste: Diario 1953–1954*. Bologna 1998, 126–128, 150–152; S. BIANCHINI, *I mutevoli assetti balcanici e la contesa italo-jugoslava (1948–1956)*. In: *Roma-Belgrado: Gli anni della guerra fredda*, hrsg. von M. GALEAZZI, Ravenna 1995, 11–37, hier 31–33; M. CATTARUZZA, *L'Italia e il confine orientale 1866–2006*. Bologna 2007, 321; L. MONZALI, *La questione jugoslava nella politica estera italiana dalla prima guerra mondiale ai trattati di Osimo (1914–1975)*. In: *Europa Adriatica: storia, relazioni, economia*, hrsg. von F. Botta/I. Garzia, Roma 2004, 15–72, hier: 45–47.

Diplomatie zu diesen Entwicklungen kann nicht eingegangen werden.<sup>137</sup> Jedoch müssen die andauernden Versuche Jugoslawiens, Österreich zu Stellungnahmen in der Triest-Frage zu bewegen sowie die österreichischen wirtschaftlichen Interessen in Triest im Auge behalten und die Rückwirkungen dieser Entwicklungen auf den österreichischen Staatsvertrag untersucht werden.

## VII. Die Lösung der Triest- und der Österreichfrage 1954/55

Die alliierte Demarche vom Oktober 1953 wurde seitens der österreichischen Regierung offiziell zur Kenntnis genommen<sup>138</sup> und zeitige natürlich auch Rückwirkungen auf den österreichischen Staatsvertrag. Seit 1950 hatte die Sowjetunion konsequent erklärt, dass der Vertrag nicht abgeschlossen werden könne, da keine Garantie bestehe, „*dass Österreich nicht ein zweites Triest werde*“. Damit vertrat Moskau den Standpunkt, dass ein Österreichvertrag seitens der Westmächte ebenso wie der italienische Friedensvertrag nicht eingehalten und wie in Triest Truppen stationiert würden. Mit der Ankündigung des Rückzugs der westlichen Alliierten aus Triest sah die österreichische Diplomatie diese sowjetischen Bedenken als hinfällig an.<sup>139</sup> Dennoch brachte die Sowjetunion auch noch auf der Berliner Außenministerkonferenz 1954 die Österreichfrage mit Triest in Verbindung.<sup>140</sup>

Auch Anfang 1954 war die Triest-Frage noch ungelöst. Während der Berliner-Konferenz hielten sich die Jugoslawen in bilateralen Gesprächen mit Informationen betreffend die Verhandlungen über Triest zurück, dies hatten sie den Briten und Amerikanern versprochen. Außenminister Popović meinte aber zu Botschafter Wodak, Jugoslawien werde Österreichs Wirtschaftsinteressen vertreten, nur vorsichtig wurde erneut eine österreichische „*Aktion*“ angeregt.<sup>141</sup> Belgrad gefiel die selbst inszenierte Heimlichtuerei zwischen Österreich und Jugoslawien in der Triest-Frage.<sup>142</sup> Im März wurde Wodak von Staatsrat Jože Brilej vorab

---

<sup>137</sup> Vgl. hierzu die Berichterstattung von Oktober 1953 bis Ende 1953 in ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, Karton 249; sowie die Berichterstattung des Jahres 1954 in ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1954, Triest 2, Gr.Zl. 140.910-Pol/54, Karton 294.

<sup>138</sup> ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 324.616-Pol/53, Karton 249.

<sup>139</sup> Information für den Herrn Bundesminister. Triester Frage vor dem Sicherheitsrat, Wien, 14. Oktober 1953, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Triest 2, Gr.Zl. 317.070-Pol/53, GZ. 327.655-Pol/53, Karton 249.

<sup>140</sup> STOURZH, Einheit, 178–179.

<sup>141</sup> Botschafter Wodak an BM Figl, Belgrad, 6. Februar 1954, Zl. 10-Pol/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1954, Triest 2, Gr.Zl. 140.910-Pol/54, GZ. 141.589-Pol/54, Karton 294. Zur Absprache mit den Briten und Amerikanern siehe auch den Bericht über ein Gespräch mit Bebler Botschafter Wodak an BM Figl, Belgrad, 17. Februar 1954, Zl. 13-Pol/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1954, Triest 2, Gr.Zl. 140.910-Pol/54, GZ. 141.808-Pol/54, Karton 294.

<sup>142</sup> „*Aber auch auf politischem Gebiet sei die Zusammenarbeit unerlässlich, auch wenn sie nicht öffentlich, sondern eher im Hinblick auf die spezielle österreichische Situation, hinter verschlossenen Türen geführt werden müsse. Das beziehe sich in erster Linie auf die Triester Frage. Ich wisse, dass niemand von ihnen über diese Frage informiert worden sei, aber in unserem Falle wolle man eine Ausnahme machen, da unsere berechtigten wirtschaftlichen Interessen von ihnen anerkannt würden.*“ Botschafter Wodak an BM Figl, Belgrad, 12. März



informiert, das bereits feststehe, „*dass Triest an Italien kommen werde, nur die Umgrenzung des Territoriums sei noch nicht festgelegt worden.*“ Eine Autonomie werde von Italien abgelehnt. In diesem Zusammenhang teilte Brilej mit, dass er zwar nicht drängen wolle, seiner Meinung nach aber „*nunmehr der richtige Augenblick*“ für ein österreichisches Eingreifen gekommen sei: „*Man solle sich nicht darauf einlassen, dass die Italiener zusagten, eine solche Regelung später zu treffen. Wie man die Italiener kenne, würden sie dann später dafür wiederum eine Menge verlangen.*“<sup>143</sup>

Am 5. April informierte der stellvertretende Außenminister Bebler Botschafter Wodak, dass „*seine Regierung beschlossen habe*“ bei der bevorstehenden Behandlung der Frage der Verwaltung des Triester Hafens „*zu beantragen, Österreich in diesem Zusammenhange zu konsultieren*“ und regte erneut eine österreichische Note an.<sup>144</sup> Außenminister Figl entschied: „*Es wird derzeit nicht beabsichtigt die Initiative zu ergreifen; vielmehr soll die Entwicklung der Verhandlungen über Triest abgewartet werden.*“<sup>145</sup>

Die Westmächte ließen immer wieder durchblicken, dass die österreichischen Interessen gewahrt würden,<sup>146</sup> Verhandlungen sollten aber erst nach der Lösung des Triest-Problems stattfinden. Italien beteuerte dies ebenfalls und erkundigte sich nach den konkreten Wünschen Wiens: „*Man habe übrigens bereits vor geraumer Zeit – ich kann mich wohl daran erinnern – in Wien angepocht, um Konkreteres hinsichtlich der österreichischen Wünsche in dieser Richtung zu erfahren, doch sei hierauf keine Reaktion erfolgt.*“<sup>147</sup> Das Ausbleiben einer solchen Information hatte indes seine Gründe. Der Ballhausplatz hielt unter Verweis auf den

---

1954, Zl. 16-Pol/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1954, Triest 2, Gr.Zl. 140.910-Pol/54, GZ. 142.345-Pol/54, Karton 294.

<sup>143</sup> Botschafter Wodak an BM Figl, Belgrad, 12. März 1954, Zl. 16-Pol/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1954, Triest 2, Gr.Zl. 140.910-Pol/54, GZ. 142.345-Pol/54, Karton 294.

<sup>144</sup> Telegramm Wodak an BKA/AA, Belgrad, 5. April 1954, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1954, Triest 2, Gr.Zl. 140.910-Pol/54, GZ. 142.816-Pol/54, Karton 294.

<sup>145</sup> Telegramm BKA/AA „über persönliche Weisung des Herrn Bundesministers“ an Botschaft Belgrad, Wien, 9. April 1954, Zl. 52-Pol/54, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1954, Triest 2, Gr.Zl. 140.910-Pol/54, GZ. 142.816-Pol/54, Karton 294.

<sup>146</sup> Botschafter Wimmer berichtete beispielsweise aus London über den Stand der Vorbereitung der anglo-amerikanischen Vorschläge zur Lösung der offenen Fragen betreffend Triest: „*Sie enthalten gewisse, allerdings weit hinter manchen italienischen Forderungen zurueckstehende sogenannte Konzessionen der Jugoslawen bezueglich der Zonengrenzen, sowie Vorschlaege fuer die Hafenverwaltung, bei der die oesterreichischen Interessen voll gewahrt seien. Mein Mitredner meinte, der kuenftige Vertreter Oesterreichs werde vielleicht als Vermittler zwischen den Italienern und Jugoslawen wichtige Dienste leisten koennen, wozu ich bemerkte, dass derartige Dienste von Oesterreich schon oft geleistet worden seien, ohne dass die Zeitgenossen hiefuer Dankbarkeit gezeigt haetten; die Anerkennung durch die Geschichte komme meistens zu spaet.*“ Botschafter Wimmer an BM Figl, 3. Mai 1954, Zl. 94-Pol/54, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1954, Triest 2, Gr.Zl. 140.910-Pol/54, GZ. 143.519-Pol/54, Karton 294.

<sup>147</sup> Botschafter Schwarzenberg an BM Figl, 30. April 1954, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1954, Triest 2, Gr.Zl. 140.910-Pol/54, GZ. 143.419-Pol/54, Karton 294. Wurde Washington, Paris, London und Belgrad zur Kenntnis gebracht.

Ministerratsbeschluss vom Oktober 1953, „*einen derartigen Schritt keinesfalls vor Beendigung der derzeit in London stattfindenden Konsultationen für zweckmäßig*“. <sup>148</sup>

Bis in den Herbst 1954 hinein gelangten die Verhandlungen immer wieder an einen toten Punkt, obwohl die jugoslawischen Gebietsforderungen eigentlich nur als „*Grundstücksforderung*“ (Schwarzenberg) bezeichnet werden konnten. Erst im Oktober wurde das Abkommen absehbar.

Am 5. Oktober 1954 informierte die italienische Botschaft in Wien über dessen Zustandekommen. Erneut wurde die Wahrung der österreichischen wirtschaftlichen Interessen in Triest zugesichert. Mit der österreichischen Reaktion auf das Londoner Memorandum zeigte man sich zufrieden. <sup>149</sup>

Jugoslawien gab zu verstehen, dass es von Triest und Italien abhängen würde, ob sich die Lage ähnlich positiv wie zwischen Österreich und Italien entwickeln würde. Die österreichische Botschaft in Belgrad resümierte: „*Vielleicht liegt der Gewinn der Triester Regelung für Österreich auch darin, dass sie dem so virulenten slowenischen Nationalismus eine Lektion der Genügsamkeit und des Realismus erteilt hat.*“ Im gleichen Atemzug wurde aber auch gemahnt, „*dass, wenn es erlaubt ist Schlüsse von Triest auf Österreich zu ziehen, unser Verhältnis zu Jugoslawien entscheidend von unserem Verhältnis zu den Kärntner Slowenen bestimmt sein wird.*“ <sup>150</sup>

Ende 1954 beeilte sich Österreich seine Forderungen für die erwartete Konferenz interessierter Staaten über Triest in einem 11-Punkte-Programm zusammenzufassen, diese waren rein wirtschaftlicher Natur. Nun war aber klar, dass erstmals Österreich vorgearbeitet hatte, weder Jugoslawien noch Italien waren bereits mit konkreten Vorbereitungen vorangeschritten. Eile hatten sie nun keine mehr. Ein Kanzlerbesuch in Italien sollte erst nach Klärung dieser Fragen stattfinden. <sup>151</sup> Aber nichts geschah. Im März 1955 hatte sich Bebler gegenüber Wodak über die italienische Politik der Nichteinhaltung der Abmachungen beschwert und dabei auch Österreich angesprochen: „*Die Unterlassung der Einberufung der Konferenz über den Triester Hafen dürfe ebenfalls in diesem Zusammenhang nicht vergessen*

---

<sup>148</sup> BKA/AA an Botschafter Schwarzenberg, Wien, 7. Mai 1954, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1954, Triest 2, Gr.Zl. 140.910-Pol/54, GZ. 143.549-Pol/54, Karton 294.

<sup>149</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Vorsprache Botschaftsrat Betteloni, Wien, 5. Oktober 1954, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1954, Triest 2, Gr.Zl. 140.910-Pol/54, GZ. 146.815-Pol/54, Karton 294.

<sup>150</sup> Botschaft Belgrad an BM Figl, Belgrad, 9. Oktober 1954, Zl. 71-Pol/54, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1954, Triest 2, Gr.Zl. 140.910-Pol/54, GZ. 146.966-Pol/54, Karton 294.

<sup>151</sup> Amtsvermerk, Gegenstand: Österr.-italienische Fühlungnahme bezgl. Triest. Besuch des Herrn Bundeskanzlers, 11. Dezember 1954, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1954, Triest 2, Gr.Zl. 140.910-Pol/54, GZ. 148.184-Pol/54, Karton 294.

werden.“<sup>152</sup> Im Juli 1955 wurde aus Triest über die dort grassierende Unzufriedenheit mit der italienischen Verwaltung berichtet und festgehalten: „[D]ie *Hafenverhandlungen mit Oesterreich und anderen interessierten Staaten scheinen ad calendas grecas hinausgezögert*“ zu werden. Angeblich sollen bereits zu diesem Zeitpunkt Autonomieforderungen laut geworden sein.<sup>153</sup>

Die Zustimmung Moskaus zum Memorandum of Understanding vom Oktober 1954 kam für die österreichische Diplomatie überraschend.<sup>154</sup> Auch wenn man keinen Konnex zwischen der Triest- und der Österreichfrage sah, so hoffte man, dass sich nun auch hinsichtlich des Staatsvertrags etwas tun würde.<sup>155</sup> Weniger als ein halbes Jahr später war es schließlich soweit – dies hatte aber, unserem heutigen Kenntnisstand zu Folge, nichts mit Triest zu tun, sondern mit einer geänderten sowjetischen Außenpolitik nach Stalins Tod.<sup>156</sup> Nachdem Stalins Nachfolger Nikita S. Chruschtschow das Prinzip der „friedlichen Koexistenz“ wiederbelebt hatte, wollte er ein neutrales Land zwischen Ost und West schaffen, das zum ersten Ziel dieser Politik werden sollte. Die Politik der „friedlichen Koexistenz“ zielte jedoch nicht nur darauf ab, eine Phase der Entspannung im Kalten Krieg einzuleiten, sondern es ging vor allem darum in weiterer Folge die Neutralität nach östliche Politikvorstellungen zu prägen, die Neutralität im Westen attraktiver und diesen dadurch auf lange Sicht wiederum etwas neutraler zu machen.<sup>157</sup> Vor diesem Hintergrund gilt es die Rückwirkungen des Staatsvertrags auf Italien und Triest zu thematisieren. Auch zu diesem Zeitpunkt waren noch alle Konfliktfelder der Alpen-Adria-Region eng verbunden und durch den Kalten Krieg beeinflusst. Nach einiger Skepsis gegenüber der Österreich-Lösung begrüßten sowohl Italien<sup>158</sup> als auch Jugoslawien<sup>159</sup> den Staatsvertrag. Unmittelbar danach lancierte die Sowjetunion im Verein mit den italienischen Kommunisten eine Propagandakampagne, die

---

<sup>152</sup> Botschafter Wodak an BM Figl, Belgrad, 14. März 1955, Zl. 26-Pol/55, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1955, Triest 3, Gr.Zl. 319.555-Pol/55, GZ. 320.733-Pol/55, Karton 353.

<sup>153</sup> Generalkonsul Zedewitz an BKA/AA, Triest, 18. Juli 1955, Zl. 8-Pol/55, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1955, Triest 3, Gr.Zl. 319.555-Pol/55, GZ. 323.818-Pol/55, Karton 353.

<sup>154</sup> BKA/AA an Botschaften Washington, Paris, Rom, London, Moskau und Belgrad, Wien, 22. Oktober 1954, Streng vertraulich, Verschluss, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1954, Triest 2, Gr.Zl. 340.910-Pol/54, GZ. 147.139-Pol/54, Karton 294.

<sup>155</sup> Botschafter Schwarzenberg an BM Figl, 18. Oktober 1954, Zl. 108-Pol/54, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1954, Triest 2, Gr.Zl. 340.910-Pol/54, GZ. 147.172-Pol/54, Karton 294.

<sup>156</sup> Zum Österreichischen Staatsvertrag siehe: G. STOURZH, Um Einheit und Freiheit; A. SUPPAN/G. STOURZH/W. MUELLER (Hrsg.), Der Österreichische Staatsvertrag. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität. Wien 2005; R. STEININGER, Der Staatsvertrag. Österreich im Schatten von deutscher Frage und Kaltem Krieg 1938–1955. Innsbruck–Wien–Bozen 2005.

<sup>157</sup> W. MUELLER, A Good Example of Peaceful Coexistence. The Soviet Union, Austria, and Neutrality, 1955–1991. Wien 2011.

<sup>158</sup> ANGELO ARA, Der österreichische Staatsvertrag aus der Sicht der italienischen Quellen. in: A. SUPPAN/G. STOURZH/W. MUELLER (Hrsg.), Der Österreichische Staatsvertrag. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität. Wien 2005, 336–370.

<sup>159</sup> SUPPAN, Jugoslawien.

darauf abzielte das NATO-Mitglied Italien neutraler zu machen.<sup>160</sup> Die Kampagne beabsichtigte die Idee der Neutralität in der italienischen Bevölkerung zu popularisieren und das innenpolitische Gewicht der kommunistischen Partei zu erhöhen. Die Opposition von Links kritisierte die Verlegung von US-Truppen aus Österreich nach Italien.<sup>161</sup> Die Triestiner Kommunisten stimmten in diesen Chor ein. Die USA waren aber durch eine andere Entwicklung in Triest alarmiert. Nach dem Abschluss des österreichischen Staatsvertrags und der sowjetisch-jugoslawischen Wiederannäherung Mitte des Jahres 1955 tauchten in Triestiner Wirtschaftskreisen sofort neue Hoffnungen betreffend eine künftige engere Zusammenarbeit mit den traditionellen östlichen Märkten auf. Für die westliche Supermacht war dies fast schon zu viel des „Tauwetters“ in dieser Endphase des frühen Kalten Kriegs.<sup>162</sup>

### **VIII. Schlussbetrachtung**

Gerade letztgenannte Reaktion zeigte deutlich wie sehr die Alpen-Adria-Region nicht nur von den Folgen des Zweiten Weltkriegs, sondern auch durch den Kalten Krieg geprägt war, der in dieser Region bereits 1945 nur allzu deutlich spürbar war. Eine *histoire croisée* Österreichs und Triests im ersten Nachkriegsjahrzehnt war durch zahlreiche weitere Faktoren geprägt. Die gemeinsame Geschichte mit Triest als Hafen der Habsburgermonarchie führte sowohl dazu, dass nach 1945 in Österreich gewisse Wunschträume hinsichtlich der künftigen Zugehörigkeit Triests aufkamen, als auch zu einer Orientierung gewisser Independentenkreise auf Österreich. Diese Begehrlichkeiten fielen am Ballhausplatz aber nicht auf fruchtbaren Boden. Dort wurde konsequent betont, dass Österreich in Triest nur wirtschaftliche Interessen habe. Gerade unter den Bedingungen der alliierten Besatzung Österreichs und nach der Schaffung des FTT 1947 blieb die Verflechtung zwischen Triest und der Alpenrepublik eng. Die amerikanischen Truppen in Österreich wurden via Triest versorgt und auch der Großteil der nach Österreich eingeführten Marshall-Plan-Güter passierte den Triester Hafen. Die dadurch entstandene Auslastung war für das wirtschaftliche Überleben Triests von nicht unerheblicher Bedeutung und soll die Sympathien für Österreich verstärkt haben.

Auch wenn Österreich in Triest nur wirtschaftliche Interessen verfolgte, konnte es sich dem Konflikt um die Stadt nicht entziehen. Bereits 1946 versuchte Jugoslawien den Südtirol-Konflikt zu nutzen um Österreich zu einer Triest-Erklärung zu bewegen. Angesichts der bilateralen Eiszeit zwischen Belgrad und Wien war diesem Ansinnen kein Erfolg beschieden.

---

<sup>160</sup> Walmsley to Secretary of State, Moscow, 24 May 1955, NARA, RG 59, CDF 1954–59, Box 2663; US-Embassy Rome to Secretary of State, Rome, 25 May 1955, NARA, RG 59, CDF 1954–59, Box 2663.

<sup>161</sup> Luce to Secretary of State, Rome, 26 May 1955, NARA, RG 59, CDF 1954–59, Box 2663.

<sup>162</sup> American Consul General Harold Sims to Department of State, Trieste, 1 June 1955, NARA, RG 59, CDF 1954–59, Box 2663.

Die stärkere Involvierung Österreichs in die Triest-Frage in den 1950er-Jahren ist primär dem sowjetischen Junktim geschuldet, das den Abschluss des österreichischen Staatsvertrags mit einer Moskau genehmen Lösung der Triest-Frage verknüpfte. Sowohl Italien als auch Jugoslawien spielten konsequent die „Angst-Karte“, um die sich verbessernden bilateralen Beziehungen Österreichs zum jeweils anderen Nachbarstaat in Frage zu stellen. Nachdem sich die Beziehungen zwischen Österreich und Jugoslawien verbessert hatten, trachtete insbesondere Belgrad danach, Wien in der Triest-Frage zu instrumentalisieren, was der Ballhausplatz aber trotz seiner wirtschaftlichen Interessen am Hafen von Triest ablehnte. Regelmäßig musste die österreichische Diplomatie gegenüber dem misstrauischen Italien vermeintliche Initiativen und Absprachen dementieren und kalmierend wirken. Zudem zeigte die italienische Triest-Politik auch unintendierte Konsequenzen, 1953 brachte die Forderung nach einem Plebiszit über die Zugehörigkeit Triests eine ebensolche über Südtirol zurück auf die Tagesordnung. Dies zeigt erneut wie eng sämtliche Territorialkonflikte der Alpen-Adria-Region auch nach der vermeintlichen Lösung der Südtirol-Frage durch das Gruber-De Gasperi-Abkommen 1946 geblieben waren.

Weder Österreich noch die westlichen Alliierten akzeptierten den von der Sowjetunion konstruierten Konnex zwischen der Österreich- und der Triest-Frage, der der Verzögerung des Abschlusses eines österreichischen Staatsvertrages diene. Dennoch weckte die provisorische Lösung der Triest-Frage durch das Londoner Memorandum 1954 die Hoffnung, dass sich nun auch in der Staatsvertragsfrage etwas tun würde. Die Gründe dafür, dass dieser 1955 unterzeichnet werden konnte, standen aber nicht im Zusammenhang mit Triest, sondern mit der veränderten sowjetischen Politik nach Stalins Tod. Das von Chruschtschow gewünschte neutrale Land, mit dem man ein Musterbeispiel von Beziehungen der „friedlichen Koexistenz“ etablieren wollte, zielte aber bereits wieder auf den NATO-Staat Italien ab, in welchem der Neutralität zu mehr Popularität verholfen werden sollte. Die Alpen-Adria-Region war demnach auch in Zeiten einer frühen Entspannungsphase des Kalten Kriegs massiv durch diesen geprägt. Die *histoire croisée* Österreichs und Triests im ersten Nachkriegsjahrzehnt kann als Brennglas für die Entwicklung der gesamten Region gelesen werden.